

THEMENHEFT

LOS Nr. 31, 9. Jahrgang, April 1991

Einzelpreis ÖS 30,- (DM 5,-)



IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft LOS
c/o Kurt Schneider,
Blumengasse 21/6, 1170 Wien

Medieninhaber (Verleger):

Arbeitsgemeinschaft LOS
c/o Klaudia Karoliny,
Hallestraße 1/20, 4030 Linz

Druck: eigene Vielfältigung

Bankverbindung:

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien

Kto.Nr. 642 143 705

(Arge LOS, Elisabeth Hyrtl)

Redaktion:

Wien:

Kurt Schneider, Blumengasse 21/6,
1170 Wien, Tel.: (92) 48 47 18

Otto Anlanger

Bernadette Feuerstein

Marie Feuerstein Sutterlüty

Julia Haslwanter

Anna Maria Hosenseidl

Elisabeth Hyrtl

Christine Petioky

Linz:

Klaudia Karoliny, Hallestr. 1/02,
4030 Linz, Tel.: (0732) 30 44 33

Gabriele Bacher

Gunther W. Trübswasser

Salzburg:

Wilfried Raith, p.A. MOH Salzburg,

Griesgasse 2/217, 5020 Salzburg,

Tel.: (0662) 84 93 12

Innsbruck:

Volker Schönwiese, Achselkopfweg 1,

6020 Innsbruck, Tel.: (05222) 88 5 34,

tagsüber (05222) 507 Kl. 3545

Layout:

Christine Petioky

Julia Haslwanter

Organisation:

Klaudia Karoliny, Hallestr. 1/02,

4030 Linz, Tel.: (0732) 30 44 33

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Grundlegende Richtung des Mediums -

Zeitschrift gegen Aussonderung mit

dem Ziel, Zustände und Mißstände

aufzuzeigen sowie Alternativen vor-

zustellen und zu fordern.

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise vierteljährlich

Einzelpreis öS 30,- (DM 5,-)

Doppelheft öS 50,- (DM 9,-)

Abo (4 Hefte) öS 100,-

(Ausland öS 120,-)

Abo-Bestellungen/Probehefte

Kontaktadresse für Inserate:

Klaudia Karoliny, Hallestraße 1/02,

4030 Linz

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
4 Monate danach, was nun ?	4
Bewußtseinsprozesse waren auch schon alles...	7
Nichts begriffen oder: eine andere Welt	21
Kinder, was habt's denn gegen große Heime ?	24
Hungern für Menschenrechte	25
Weitere Mitarbeit gesucht - Teil 2	32
10 Gründe, um nicht für LOS zu schreiben	34
Bedarfsgerechte Pflegegelder - sofort!	35
Ein Vierteljahr danach ...	40

EDITORIAL

Während alle Zeitungen, Radio und Fernsehen über den Lainz-Prozeß berichten, geben wir hier eine Dokumentation über den Hungerstreik des Forums der Behinderten- und Krüppelinitiativen heraus.

Beide Themen stehen untereinander in engem Zusammenhang: War doch der Hungerstreik die erste wirklich spektakuläre Aktion gegen ein Pflegesystem, das im Extremfall Lainzer Zustände hervorbringt.

Der seriöse Teil der Lainz-Prozeß-Berichterstattung übermittelt u. a. zwei Botschaften: Es ist furchtbar, mit alten, pflegebedürftigen Menschen arbeiten zu müssen. Sie zu pflegen führt zum Burn-out-Syndrom.

Und die Frage: War wirklich Mitleid die Grundlage der Handlungsweise der Angeklagten? Dazu fällt mir ein: Mitleid ist wirklich eine gefährlich Emotion - bzw. ein spezieller Ausdruck von Aggressivität.

Und: die Opfer selbst müssen als Begründung für ihre Vernichtung erhalten; das System, das Menschen nur als pflegebedürftige Organismen wahrnimmt, sodaß zur Tötung nur ein kleiner Schritt ist, bleibt unangetastet.

Klee fällt mir ein, Behindertenreport II aus dem Jahr 1975: 'Jetzt ist Schluß: Wir wollen kein Mitleid...'

Der Hungerstreik war ein wichtiger Schritt im Kampf um ein völlig anderes Pflegesystem. Und es werden noch viele weitere folgen müssen. Um dieses Thema nicht durch andere zu erschlagen, haben wir mehrere Texte nicht in dieses Heft aufgenommen, sondern für das nächste LOS aufgehoben.

Wir hoffen, daß diese Dokumentation des Hungerstreiks für Euch interessant ist, daß sie als Grundlage für Diskussionen dient und auch für die Planung weiterer Aktionen nützlich ist.....

Herzliche Grüße.
für die Wiener Redaktion

Christine Petioky

PS.: Auf unseren Aufruf zu Weihnachten "LOS sucht dringend redaktionelle MitarbeiterInnen" bekamen wir eine Antwort. Wir freuen uns über die Mitarbeit von Edi Gellner. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es mit LOS wieder aufwärts gehen kann....

Dorli Brozek

Bis heute kommt es noch vor, daß mich Leute, Nachbarn, KollegInnen auf der Uni und manchmal auch Fremde, fragen: "Na, was ist denn raus'kommen? Was habt's erreicht mit eurem Streik?" Ich atme dann mal tief durch und sage meist: "Es wird nicht mehr zehn Jahre dauern, sondern vielleicht nur fünf - wenn wir Glück haben." Und dann kommen mir all die Gedanken, wie es begonnen hat.

Mittwoch war der erste Tag und wir sagten uns, erst einmal das Wochenende schaffen. Von den Medien kamen gute Berichte und am Freitag gab es bereits einen Beitrag in den Hauptnachrichten. Die

Alle, die zu uns in die Säulenhalle wollten, mußten sich beim Portier ausweisen und wurden mit Namen, Anschrift und Ausweisnummer in einer Liste festgehalten. Wir merkten auch, daß die Führungen immer seltener bis zur Säulenhalle gebracht wurden, und wenn sie bis dorthin gelangten, dann wurden sie bereits am Eingang abgewimmelt. Sicher sollten die BesucherInnen nicht mir einem "Sonderprogramm" überfordert werden. Was hätte man ihnen auch sagen sollen, etwa, daß behinderte BürgerInnen um ihre Menschenrechte kämpfen? Doch zwei oder drei Gruppen hatten es bis zu uns geschafft. Es waren SchülerInnen, und es ergaben sich einige gute Gespräche.

4 Monate danach,

Parlamentarier, die sich zu uns verirrt, machten meist große Kulleraugen, als sie hörten, daß wir die Gleichbehandlung vor dem Recht fordern, daß nämlich in unserem Land die Ursache der Behinderung ausschlaggebend ist, als die Tatsache behindert zu sein, daß behinderten Menschen oft nur mehr der Weg ins Heim bleibt und, daß Familien behinderter Menschen ausgebeutet werden bis zum letzten. Ich hatte oft den Eindruck, sie begriffen überhaupt nicht, worum es geht, und so mußten wir unzählige Gespräche bei Stunde Null beginnen: bedarfsorientiertes Pflegegeld wozu und warum.

Am Wochenende gehörte das Hohe Haus uns allein. Die Säulenhalle nannten wir inzwischen "unser Wohnzimmer" und die immer zahlreicher kommenden Solidaritätstelegramme und Solidaritätsbriefe hängten wir auf einer Schnur von Säule zu Säule.

Am Samstag abend stand plötzlich Nationalratspräsident Fischer da. Die Diskussion mit ihm verlief, so wie die meisten, die noch später folgten, etwa mit Nationalratspräsident Lichal, Clubchef Neisser... Nach Ausführungen unsererseits, daß eine Petition zu unserer Forderung bereits 1987 eingebracht wurde, dann eine Arbeitsgruppe installiert wurde und diese im Mai 1990 ihre Arbeit

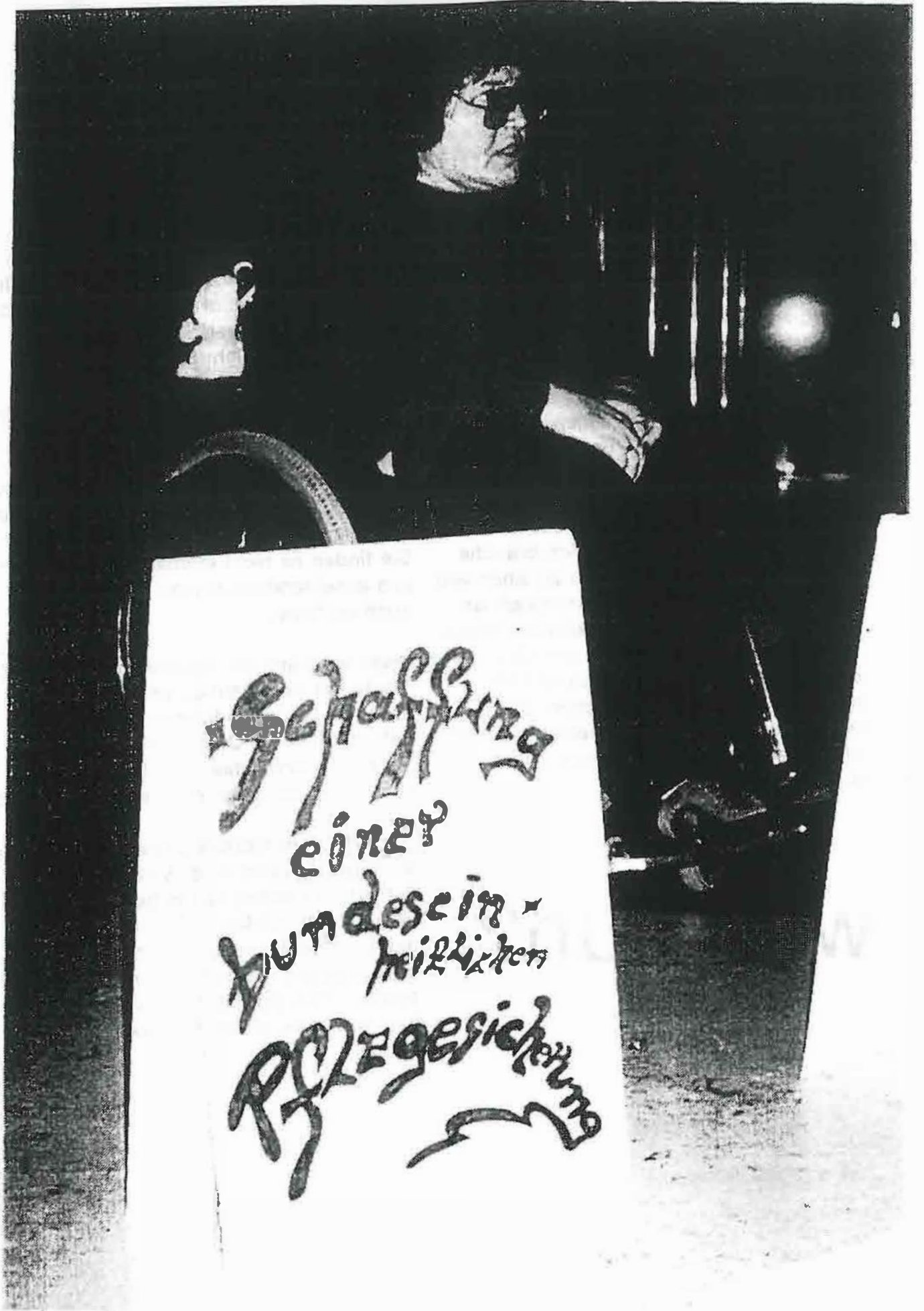
beendet hatte, dieses Thema aber im Sozialausschuß nicht auf die Tagesordnung kam und deswegen auch im Nationalrat nicht behandelt werden konnte und schließlich, daß wir seit Jahren Spielball von Bund und Ländern waren/sind, folgten Gegenargumente wie die unmögliche Finanzierung unserer Forderungen und, daß wir Geduld haben sollten. In solchen Augenblicken spürte ich meine Wut förmlich aufsteigen. Ich konnte mich kaum beherrschen und nahm mich zusammen, um nicht laut aufzubrüllen. Da standen sie vor mir, diese Nicht-Krüppel und erzählten mir etwas von Geduld. Ich lebe JETZT, verdammt, und ich brauche JETZT das Pflegegeld, um so zu leben wie es für die meisten selbstverständlich ist. Ich möchte aufs Klo gehen können, wann ich will, ich will schlafen, wann ich will, ich möchte ausgehen können und vor allem will ich mir die Menschen, die mit helfen, selbst wählen und selbst bezahlen. Ich will einfach selbstbestimmt leben können.

was nun?

Die folgende Woche begannen wir mit einer Pressekonferenz, und Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen unterstützten uns mit ihren Beiträgen. Und so, wie die sogenannten Behindertensprecher der drei Großparteien sich in den ersten Tagen des Hungerstreiks durch Schweigen und Ignorieren auszeichneten, begannen sie dann ihre miesen parteipolitischen Spielchen auf unsere Kosten auszutragen. Unsere Aktion wurde ins grüne Eck gedrängt und als Spinnerei des Abgeordneten Srb abgetan. Da konnte wir wieder einmal sehen, wie ernst uns unsere angeblichen "Vertreter" wirklich nehmen. Sie finden es nicht einmal nötig, sich mit uns auseinanderzusetzen und sind dazu auch zu feige.

Diese Ignoranz der Politiker machte, und macht mir noch immer, am meisten zu schaffen. Es ist so lähmend, zu wissen, daß man nur als Objekt behandelt wird. Ja, nicht einmal das, es wird einfach geschwiegen, wenn es unangenehm wird.

Nach dem Hungerstreik bin ich überzeugter denn je, daß nur wir Betroffenen selbst etwas bewirken können. Wir dürfen nicht mehr länger dulden, daß ausschließlich Nichtbetroffene unsere Politik machen. Wir sind für unsere Politik verantwortlich. - Es würde ja auch kein Mann als Frauensprecher auftreten können.



Schaffung
einer
Bundesin-
heilichen
RZ-gesicherung

Bewußtseinsprozesse waren auch schon alles . . .

Interview mit Annemarie Srb

LOS: Wie kam es zum Hungerstreik? Ich erinnere mich an eine Diskussion Anfang November, bei der über verschiedene Aktionsformen diskutiert wurde.

Annemarie: Wir haben vor den Wahlen eine Mahnwache gemacht, weil in unserem Land behinderte Menschen nach wie vor nicht ernst genommen werden; wir haben in 10 Tagen vor der Stephanskirche erleben müssen, daß nichtbehinderte Menschen, denen wir unsere Probleme und Anliegen erklärt haben, uns doch verstanden haben. Meist wissen sie gar nicht, wie behinderte Menschen leben und was sie wollen. Nur, von den Medien kam eigentlich fast kein Echo, erst nach sehr vielen Telefonaten von Manfred haben sich dann einige Journalisten bequemt, zu kommen.

Und das war doch eine Zeit vor den Wahlen, wo man sämtlichen Gruppen von Menschen Versprechungen macht (z. B. Verbesserungen im Wohnbau) - jeder macht doch Wahlversprechungen; uns behinderte Menschen hat man so wenig ernst genommen, daß man uns nicht einmal vor der Wahl versprochen hat, unsere Forderungen zu erfüllen.

So haben wir dann, wie du ja weißt, bei unserem halbjährlichen Treffen in Abtsdorf diskutiert, daß wir verschiedene Aktionen

setzen sollten. Und ich habe dann doch dafür plädiert, einen Hungerstreik zu machen, weil ich mir gedacht habe, es hat eigentlich niemanden bewegt, wie wir in der Kälte und im Regen vor der Stephanskirche gestanden sind, und ich meinte, irgendeine Demo machen, bringt eigentlich nichts, wir müßten wirklich massiv auftreten, jetzt ist es an der Zeit, die Anliegen liegen auf dem Tisch, die Politiker wissen, was wir wollen. Jetzt müssen wir ans Durchsetzen gehen, und ich habe mir doch gedacht, daß wir mit dem Hungerstreik in die Medien kommen, Öffentlichkeit erzeugen könnten. Deshalb haben wir uns doch entschlossen, zu dem krassen Mittel des Hungerstreiks zu greifen.

LOS: Wie kam die Gruppe zustande? War der Entscheidungsprozeß - mehrere Leute treten gleichzeitig in einen Hungerstreik - einfach oder schwierig?

A: Es war sehr schwierig, weil behinderte Menschen oft nicht bereit sind, für ihre Sache, für ihre berechtigten Anliegen zu kämpfen, weil sie auch nicht dazu erzogen wurden, für ihr menschenwürdiges Leben zu kämpfen.

Wir haben überlegt, welchen Ort wir wählen; da haben wir gedacht, wir nutzen die Chance und gehen ins Parlament, da haben wir erstens nicht die Kälte und zweites doch die Infrastruktur, die wir vielleicht brauchen. Das haben wir dann

mit Hilfe von Manfred geschafft. Wir waren doch nur zu viert und es war schwierig. Es war alles schwierig, wir haben zuerst nur Bänke zur Verfügung gehabt und mir ist es unmöglich, auf einer Bank zu schlafen. Es war mir dann möglich, Betten zu organisieren, und da haben wir dann geschlafen.

Waschmöglichkeit gab es nur am Klo. Auf der einen Seite kann ich verstehen, daß sich nur wenige Menschen bereit erklärt haben, dies durchzustehen, aber ich hätte mir auf der anderen Seite doch erhofft, daß es wenigstens ein paar mehr gewesen wären, die die Aktion mittragen. Es war dann im Endeffekt so, daß auf drei bis vier behinderten Menschen und zwei Assistentinnen die Hauptlast lag und das war teilweise unmenschlich - die Bedingungen waren unmenschlich für uns und für die Assistentinnen.

LOS: Ich habe euch einmal im Parlament besucht, und da ist mir aufgefallen, daß die Stapo anwesend war, daß ich meinen Ausweis zeigen mußte und daß es gar nicht leicht war, zu euch vorzudringen. Hat auch euch im Parlament jemand Schwierigkeiten gemacht, als ihr euch dort niedergelassen habt, und gesagt habt, jetzt bleiben wir da und hungern?

A: Zuerst habe wir uns mehr oder weniger in die Säulenhalle hinaufgeschlichen, haben dann unsere Transparente und Tafeln aufgestellt. Es war gerade Führung; die Stapo hat uns natürlich sofort entdeckt und hat das weitergemeldet und wie sie gemerkt haben, wie ernst es uns war und vor allem, daß ein Abgeordneter dabei war, war ihnen sofort bewußt, daß, wenn sie uns von hier wegtragen, das trauen sie sich nicht, behinderte Menschen wegschaffen oder so, das haben sie sich

nicht getraut und sie waren dann im großen und ganzen sehr nett. Daß sie da waren, war auch für unsere Sicherheit gut und wir haben erst nach zwei, drei Tagen gemerkt, daß nicht jeder zu uns vordringen konnte. Es war auch für uns wichtig, es sind große, weite Räume.

Es sind uns wohl viele Leute besuchen gekommen, was uns natürlich recht war, das Echo der Bevölkerung freute uns, aber da wir so wenige waren, war es sehr anstrengend. Wir haben uns Bücher mitgenommen, weil wir uns gedacht haben, wie werden wir uns die Zeit vertreiben? Dann war es so, daß wir keine Zeile lesen konnten, es konnte sich eigentlich niemand von uns auch nur eine Sekunde zurückziehen, das war kaum möglich, denn dann waren die anderen beiden so belastet, daß es unzumutbar war.

Das war eigentlich das Schlimmste, daß wir nur drei bis vier Leute waren, die am letzten Stand der Diskussion waren, und darum war es so schwierig.

LOS: Es war schwierig, immer wieder das gleiche zu erklären und immer wieder von vorne anzufangen, denke ich.

A: Ja eben. Es waren Leute da, die haben gesagt, was machts ihr da, warum machts ihr das, wir mußten also teilweise Dinge, die für uns ganz klar sind, immer wieder erklären. Und das war eigentlich das Ermüdende. Weil die Leute fragen natürlich, es gibt Heimhilfe, es gibt Besuchsdienst, es gibt Wäschepflegedienst, ja was wollt ihr denn noch?

Und dann mußten wir erklären, daß die Heimhilfe nur zu bestimmten Zeiten zur Verfügung steht, daß man nicht individuell leben kann, daß man nicht seinen eigenen Tagesablauf bestimmen kann, sondern daß das von der Institution bestimmt wird und daß wir das nicht wollen. Und wenn wir das dann erklärt haben, haben uns die Menschen sehr wohl verstanden. Wir haben sehr, sehr viele positive Rückmeldungen und Reaktionen bekommen, Leute sind mit Blumen gekommen, den ganzen Tag hat das Telefon geläutet, ja überhaupt, also die Menschen draußen haben uns verstanden.

Später hat auch der ORF reagiert. Als sehr schlimm und tragisch habe ich folgendes empfunden: wenn der Behindertensprecher eine Pressekonferenz zu einem für behinderte Menschen wichtigen Thema macht, kommen vielleicht zwei bis drei Journalisten. Machen wir am fünften Tag eines Hungerstreiks eine Pressekonferenz, dann stehen wir plötzlich im Blitzlichtgewitter. Es zeigt sich wieder einmal, daß behinderte Menschen erst, wenn sie zu einer derart harten Maßnahme greifen, für die Medien interessant werden. Sonst nicht.

LOS: Du hast vorhin von schwierigen Bedingungen im Parlament gesprochen und hast erzählt, daß ihr am Anfang nur Sessel und Bänke zur Verfügung hattet, daß es kalt war.....möchtest du noch Näheres schildern, was die Bedingungen im Parlament betrifft, des Dortseins, über eine Woche hungernd usw.?

A: Die Luft ist wahnsinnig schlecht gewesen, Klimaanlage, und wir haben in der Säulenhalle genächtigt; es gibt z. B. nur einen zentralen Lichtschalter, wir

mußten bei vollem Licht schlafen, wenn wir das Licht abgeschaltet hätten, wäre es stockdunkel gewesen, wir hätten nicht aufs Klo gefunden und wir hätten uns auch gefürchtet. Das habe ich z. B. als ganz schlimm empfunden. Wir konnten uns am Abend erst um elf, zwölf niederlegen, weil uns doch viele Leute besucht haben, was uns natürlich sehr gefreut hat; wir mußten aber spätestens ab ½ 6 Uhr früh aufstehen, weil nach 6 Uhr die Putzfrauen in die Halle kamen. Wir mußten uns ja waschen und anziehen und das ging eben nur vor 6 Uhr, bevor die Leute in die Säulenhalle kamen.

LOS: Ihr wart also nicht nur geschwächt vom Hungern, sondern auch durch Schlafmangel und andere Bedingungen?

A: Wir hatten oft nicht einmal Zeit, den Tee oder andere Flüssigkeiten in ausreichender Menge zu uns zu nehmen, denn in unserer Nähe gab es kein Wasser, wir mußten unten im Grünen Klub Tee kochen und die Kantine hat nur von 8-16 Uhr offen, und das nur an den Werktagen. die Getränke sind sehr teuer, wir mußten das alles finanzieren und ich habe ja schon S 12.000.-- für Assistenz gebraucht. Dazu muß ich noch sagen, daß das nicht der volle Preis war, denn es haben sich Freundinnen von mir bereit erklärt, Nachtdienst zu machen, den größten Teil des Nachtdienstes zu übernehmen. Ja, der größte Teil der Organisation der persönlichen Assistenz ist mehr oder weniger an mir gelegen, ist mit mir gestanden und gefallen.

LOS: Du hast die persönliche Assistenz für alle organisiert?

A: In erster Linie natürlich für mich, weil ich persönliche Assistenz brauche, in

3b sbg ta
zc 1116
salzburg/tel. 69/53 15 0950



krueppel initiative
h. frau annemarie srb
saulenhalle im parlament
1010/wien

ich solidarisiere mich mit eurer aktion fuer ein
gesundheitsgesetz fuer schwerbehinderte menschen.
ich habe bereitet mir fuer ~~gesundheitsgesetz~~ gesundheitsliches
normalvermoegen.
guenter schleser vizepraesident des oesterr.
zivilinvalidenverbandes sowie peter lustig landesobmann
des oesterr. zivilinvalidenverbandes
landesgruppe salzburg stellvertretend fuer 1000 mitglieder
der landesgruppe salzburg naurispingstr. 39

PTV TELEGRAMM

PTV TELEGRAMM

Eindruck richtig? Habt ihr während des Hungerstreiks auch lustvolle Situationen erlebt?

A: Ja, natürlich. Manfred und ich haben z. B. unseren Hochzeitstag in der Säulenhalle im Parlament verbracht und haben mit Mineralwasser angestoßen. Es war natürlich schon was ganz Besonderes, nachzudenken, wie es soweit gekommen ist, wie wir uns in unserer Beziehung und überhaupt weiterentwickelt haben, daß es zu dem gekommen ist. Ich habe z. B. die schönsten Blumen, die ich je zum Hochzeitstag bekommen habe, im Parlament bekommen, weil der Manfred eine sehr liebe Freundin von uns beauftragt hat, Blumen zu besorgen und ich habe Blumen bekommen wie in meinem Hochzeitsstrauß, nämlich weiße Rosen und weiße Fresien; aber nur waren die, die ich nach 21 Jahren bekommen habe, wesentlich schöner als die, die ich bei meiner Hochzeit hatte.

LOS: 10 Tage wohnen und leben im Parlament. Wie richtet man sich da ein?

Wir haben z. B. strikte Raumteilung gehabt. Wir hatten eine Ecke, das war unser Schlafzimmer, in diesem Schlafzimmer durfte z. B. niemand rauchen und wenn wir dann doch dort gestanden sind und geraucht haben, haben wir gesagt, ui wir rauchen ja im Schlafzimmer und sind ins Wohnzimmer

PTV TELEGRAMM

krueppelinitiative
parlament saulenhalle
zhd herrn abg srb
1010/wien

PTV TELEGRAMM

wir, schriftsteller und schriftstellerinnen der grazer
autorenversammlung unterstuetzen eure forderung nach
finanzieller gleichbehandlung von behinderten und kriegsopfern
marie-therese kenschbaumer, ilse kilic, gerhard kofler
fuer die grazer autorenversammlung

PTV TELEGRAMM

PTV TELEGRAMM

gegangen, nämlich drei Bänke weiter, und haben dort geraucht.

Wir haben uns dann schon, und das möchte ich auch sagen, ein bißchen zu Hause gefühlt, und wenn ich jetzt in die Säulenhalle oder in die Cafeteria gehe, dann sage ich, schau, das war unser Schlafzimmer oder unser Wohnzimmer, also eine ganz andere Beziehung zum Parlament habe ich bekommen durch die 10 Tage Hungerstreik und es war, glaube ich, ganz, ganz wichtig, daß wir das gemacht haben und so anstrengend und schrecklich ich das geschildert habe, so schön war es doch auch, Gemeinschaft zu

erleben. In 20 Jahren Beziehung gibt es doch da und dort Spannungen, und Manfred hat sich eigentlich sehr gefürchtet vorm Hungern, er hat gedacht, am dritten Tag wird er ohnmächtig und er wird sehr aggressiv werden, aber das war alles nicht der Fall, in den 10 Tagen Hungerstreik hat es kaum Aggressionen und auch keinen Streit gegeben sondern wir waren ganz miteinander verbunden und haben uns gegenseitig unterstützt, wo es nur gegangen ist.

LOS: Wobei ihr ja nicht nur zu zweit wart, sondern es war ja eine Art Wohngemeinschaft, die ihr da gehabt habt, es waren ja mehrere, es war nicht nur das Ehepaar Srb.

Theresia Haidlmayr
Dr. J. Ofnerstr. 6/1
4403 Steyr

Gruppe der hungerstreikenden Behinderten

Parlament - Säulenhalle
1017 Wien
z. Hd. Manfred SRB

DRINGENDST !!!!!

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin leider nicht in der Lage, bei Euch zu sein und unsere Forderungen mitzuvertreten.

Aus diesem Grund bin ich hier in Oberösterreich in den Hungerstreik getreten und es ist auch für mich klar, daß wir diesmal durchhalten bis wir unsere Forderungen durchgesetzt haben.

Die Antwortbriefe der Politiker (Beilage) zeigen wieder einmal recht deutlich, wie unwichtig, ja einfach "wurscht" ihnen unsere Anliegen sind.

Mein Hungerstreik, den ich eben derzeit neben der Arbeit halte, ist im Büro bekannt und für alle okay.

Ich werde mich bald wieder melden wie es mir geht und wir sind uns einig, diesmal halten wir durch.

Recht liebe Grüße

Therese Haidlmayr



Beilagen

A: Wir haben auch das Erlebnis einer WG gehabt, wir waren meist zu dritt oder zu viert und mit Nachtdienst. Wir haben z. B., damit auch wirklich alles klappt mit der Assistenz einen großen Plan gehabt, an einer Säule befestigt, wo jede Assistentin ganz genau aufgeschrieben hat, wann sie Dienstanfang hat und wann sie Dienstende hat und obwohl die ganze Verantwortung auf nur so wenigen Menschen gelastet hat, war ich keine Minute ohne persönliche Assistenz.

Also das muß ich sagen, wo doch die Politiker immer meinen, daß es nicht geht, daß man sich Hilfe selbst organisiert, weil die ja alle nicht verantwortungsbewußt seien, das müßten doch geschulte Menschen sein, die von medizinischen Dingen eine Ahnung haben, das haben wir anschaulich widerlegt. Ich war in den 10 Tagen keine Minute ohne persönliche Assistenz. Jeder Dienstwechsel hat auf die Minute geklappt, sogar die Portiere haben ganz genau gewußt, daß Schichtwechsel ist.

LOS: Du hast vorhin schon begonnen, die Reaktionen der Besucher und der Medien zu schildern, möchtest du noch mehr darüber sagen? Wie hast du die Reaktionen von Leuten, die gekommen sind, von den Medien und nicht zuletzt von Politikern erlebt?

A: Es war z. B. am Samstag in der Säulenhalle ziemlich düster, da kommt ein Mann im Mantel und sagt: Na, wie lange wollt ihr hier noch wohnen? Da hab ich mir gedacht, die Stimme kommt mir bekannt vor, es war der Parlamentspräsident, es hat immerhin 4 Tage gedauert, bis er zu uns gefunden hat. Und dann hat er uns mit dieser Frage begrüßt.

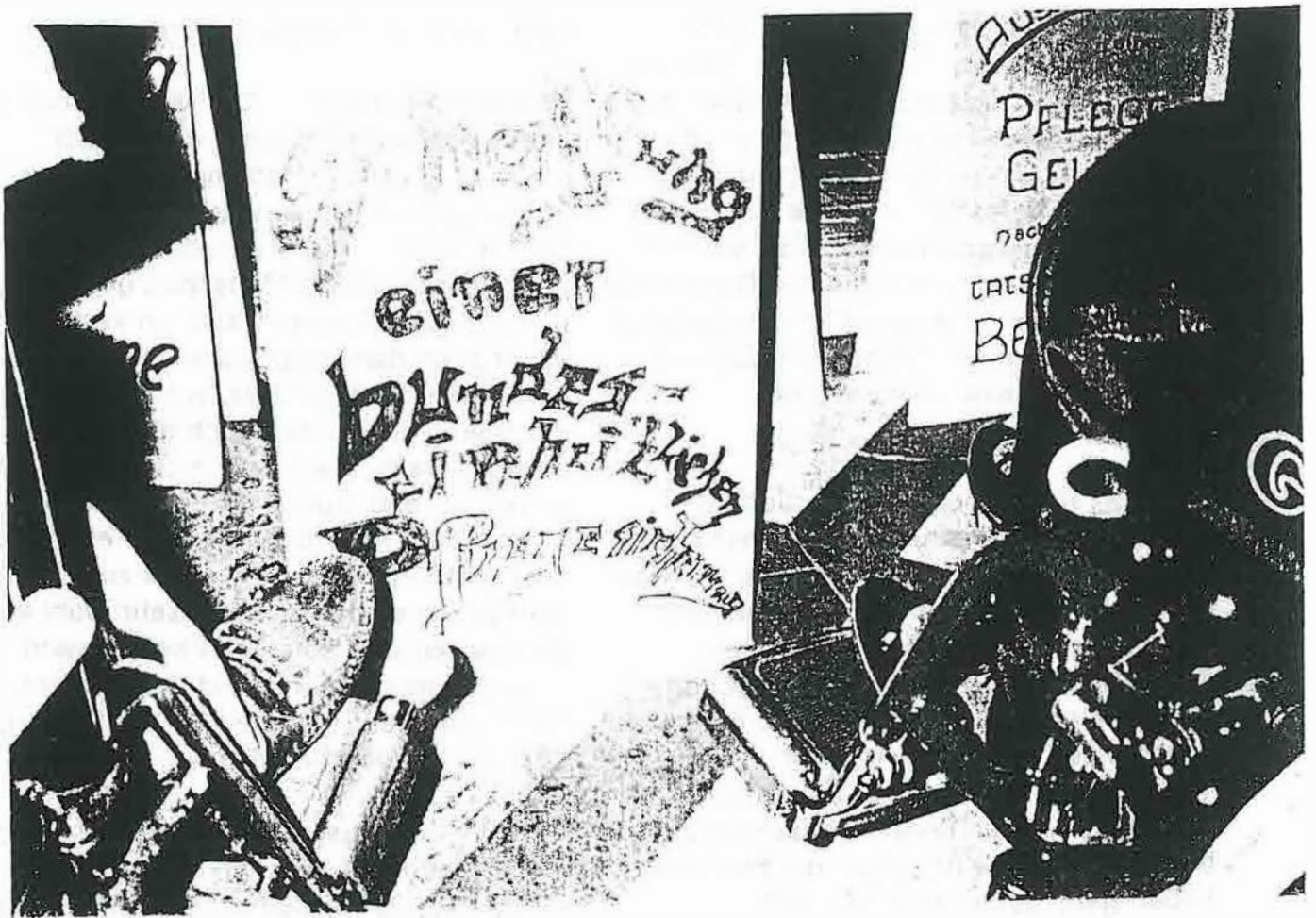
LOS: Welcher Präsident war das?

A: Der Heinz Fischer. Der Manfred hat geantwortet, daß Fischer doch dafür plädiert hätte, das Parlament für alle zu öffnen und wir dabei wären, den ersten Schritt zu tun: wir hätten das Parlament jetzt für behinderte Menschen geöffnet und er müßte unsere Situation verstehen. Wir haben dann doch, glaube ich, eine gute Diskussion geführt, wir sind draufgekommen, daß auch er sehr wenig darüber weiß, wie behinderte Menschen in unserem Land leben, wie das funktioniert. Die meisten Menschen glauben eben, daß die Heimhilfe rund um die Uhr zur Verfügung steht, daß man sehr wohl ins Bett gehen und aufstehen kann, wann man das möchte und sind dann eigentlich total befangen, wenn man ihnen erklärt, daß das so nicht möglich ist.

LOS: Du hast also den Eindruck, daß du auch bei Politikern durch die Diskussion Bewußtseinsprozesse auslösen konntest?

A: Aber Bewußtseinsprozesse waren auch schon alles. Ansonsten gingen sie einfach wieder zur Tagesordnung über. Man hat bei den einzelnen Gesprächen sehr wohl Betroffenheit bemerkt, aber sobald sie weg sind, ist auch das vorbei.

LOS: Ich kann mich erinnern, daß auch die kurzfristige Programmänderung des ORF, statt des geplanten Clubs über die KSZE-Konferenz einen Club 2 über den Hungerstreik zu organisieren und zu senden, Anlaß zu einem gewissen Optimismus gewesen ist. Als ich dann den Club gesehen habe, war ich sehr enttäuscht. Schon von der Zusammensetzung her war das meiner Meinung nach kein Club zum Thema



Hungerstreik für Pflegesicherung. Wie siehst du das?

A: Die Runde war einfach schrecklich - es war schon eine Zumutung, daß bei einem Club, der immerhin den Titel 'Hungerstreik' hatte, nur eine Person aus dem Forum der Hungerstreikenden teilnehmen durfte. Statt dessen waren die Behindertensprecher dort und nichtbehinderte oder nichtbetroffene Leute. Es ist so gelaufen, wie es beim Club 2 immer läuft: Nichtbehinderte Menschen gehen auf behinderte Menschen nicht ein, fragen sie nicht, übergehen sie, sprechen davon, wie sie sich Lösungsmöglichkeiten vorstellen, ohne behinderte Menschen auch nur zu fragen.

Kein Mensch dort hat auf mich Rücksicht genommen, auf meine Situation nach neun Tagen Hungerstreik, die totale Anspannung - ich habe dieses Thema angesprochen, trotzdem ist niemand darauf eingegangen. Ich war sehr müde, man hat mich nicht zu Wort kommen lassen, man hat Dinge ins Lächerliche gezogen, die ich gesagt habe und ich habe auch nicht die Kraft gehabt, die ich sonst habe, einfach hineinzuplärren und zu sagen, jetzt hörts mir einmal zu oder so irgendwie, es war einfach nicht möglich, so wie das ganze schon vorher gelaufen ist und überhaupt. Es war ganz schlimm.

LOS: Im Radio gab es ja mehrere Berichte über den Hungerstreik. Da gab es z. B. die Sendung 'Tagesthemen' - mit vielen

Anrufen von Zuhörerinnen und Zuhörern. Am Ende der Sendung sagte die Redakteurin: "Wir werden weiter berichten, mehr noch, wir werden die Aktionen für Pflegesicherung unterstützen..."

Findet diese Unterstützung statt, die ja immerhin im Radio angekündigt wurde?

A: Die Unterstützung findet nicht statt. Es war ein Anruf ca. ein Monat nach dem Hungerstreik, wo die Redakteurin genau dieser Sendung gemeint hat, man sollte eine Nachfolgesendung machen, weil eben so viele positive Reaktionen waren, und sie könnte sich vorstellen, eine zweite Sendung zu gestalten, aber seitdem ist schon wieder ein Monat vergangen und es hat sich noch niemand gemeldet.

LOS: Und was die übrigen Reaktionen betrifft: auf den Flugblättern ist ja meistens deine Privatadresse angegeben, auch auf den Flugblättern, die im Parlament verteilt wurden - und ihr habt doch sehr viel Echo in der Bevölkerung gefunden, hat es da Briefe gegeben?

A: Viele Briefe und Telegramme, ich hab dir die auch mitgebracht. Eigentlich, die Menschen sind interessiert, ich werde auch auf der Straße angesprochen, die Leute sagen, es tut ihnen leid, daß die Diskussion jetzt von der Öffentlichkeit weg ist, daß man nichts mehr weiß, sie haben uns auch gefragt, ob der Ministerwechsel jetzt gut oder schlecht ist für unsere Situation. Es war offensichtlich, daß die Leute mitdenken, daß sie die Ereignisse verfolgt haben und daß sie es bedauern, jetzt nichts mehr davon zu hören; wir müssen uns jetzt überlegen, was wir weitermachen.

LOS: Ihr habt euch entschieden, den Hungerstreik zu unterbrechen. Was war der Anlaß?

A: Wir haben am Mittwoch begonnen, und nach zehn Tagen, also am Freitag abgebrochen. Es ist wieder ein Wochenende vor der Tür gestanden, und Manfred und ich waren am Ende unserer Kräfte, da wir beide die einzigen waren, die seit Beginn ständig am Hungerstreik teilgenommen haben. Ich war in der Nacht davor bei der Club 2-Diskussion, über die wir schon gesprochen haben, und die hat mich sehr viel Substanz gekostet. Die Art, wie dieser Club zustande gekommen ist, und wie er dann abgelaufen ist, es war sehr schlimm für mich, das erleben zu müssen. Schon vorher, wie die Diskussteilnehmer in dem Sondergasträum zusammengesessen sind, wie dort Essen und Trinken auf dem Tisch gestanden sind, und wie sie gemeint haben, ich solle doch auch etwas nehmen..... ich weiß nicht, haben die geglaubt, wir hungern gar nicht wirklich und ich würde jetzt Mayonnaisebrote oder so etwas essen - sie haben das alles ins Lächerliche gezogen. Sie haben mich eigentlich überhaupt nicht bemerkt. Am Freitag um zehn Uhr hatten wir dann einen Termin mit Sozialminister Geppert und wir haben doch Hoffnung gehegt; ich glaube, jede Gruppe von Menschen, die zehn Tage lang eine Aktion durchhält, welche auch immer, rechnet bei einem solchen Gespräch mit konkreten Angeboten.

Wir sind zu diesem Gespräch gekommen, wie gesagt, nach dieser anstrengenden Club 2-Diskussion, und es war einfach so, daß der Sozialminister die Dinge wiederholt hat, die er uns schon bei allen Gesprächen vorher gesagt hat. Es war einfach nichts Neues dabei und es war für

uns sehr schlimm, daß behinderte Menschen auch nach zehn Tagen Hungerstreik nicht ernstgenommen werden, daß weiterhin überhaupt keine Angebote für eine brauchbare Veränderung unserer Situation gekommen sind.

Oh ja, ich habe eines vergessen: Der Sozialminister hat uns versprochen, daß die Gespräche mit den Ländern, um eine bundeseinheitliche Regelung zu schaffen, noch vor Weihnachten beginnen sollten.

LOS: Ihr habt also nach dem Gespräch mit dem damaligen Sozialminister Geppert beschlossen, den Hungerstreik zu unterbrechen; was waren die nachfolgenden Aktionen, - für euch war die Aktion ja nicht beendet, ihr habt dann noch weiter gearbeitet?

A: Aufgrund unserer körperlichen Situation, ja, wir waren einfach am Ende, haben wir beschlossen, wir hören auf, weil sonst geht überhaupt nichts mehr, wieder ein Wochenende im Parlament unter diesen Bedingungen, das schaffen wir alle nicht, rein körperlich schaffen wir es nicht, wir hören auf, um eben politisch aktionsfähig zu bleiben, um weitere Aktionen zu planen.

Wir sind dann zur Landessozialreferentenkonferenz nach Rust gefahren, wir haben natürlich keine Einladung gehabt, um uns dort in Erinnerung zu rufen.

LOS: Hat Sozialminister Geppert gesagt, ihr sollt dort hinkommen?

A: Nein!

LOS: Er hat nur gesagt, es wird diese Konferenz geben, und es werden Entscheidungen getroffen?

A: Es hat geheißen, es werden die Sozialreferenten und die Soziallandesräte zu einem ersten Gespräch zusammentreffen, um eine bundeseinheitliche Regelung herbeizuführen; Sozialminister Geppert hat gemeint, es müßten 15 A-Verträge, also Staatsverträge zwischen Bund und Ländern geschlossen werden, damit eine bundeseinheitliche Regelung stattfinden kann. Und die ersten Gespräche haben dort in Rust stattgefunden.

LOS: Hast du den Eindruck gehabt, daß bei den Gesprächen wirkliche Entscheidungen im Hinblick auf solche Staatsverträge vorbereitet worden wären?

A: In keinster Weise! Das war ein gegenseitiges Abtasten und in keinster Weise ein Gespräch über Staatsverträge oder Sonstiges. Im Gegenteil, Manfred hat gehört, wie der Vorarlberger Landessozialreferent, Fredy Mayer, gemeint hat, die Gespräche zwischen Bund und Ländern würden ca. ein Jahr dauern, dann werde man weitersehen Was ganz im Gegensatz dazu steht, worauf sich die Behindertensprecher und Riegler geeinigt haben: sie haben gesagt, Umsetzung spätestens 1.1.1992, eventuell schon am 1.7.1991. Aber wenn man jetzt bedenkt, daß die Gespräche zwischen Bund und Ländern ca. ein Jahr dauern werden und dann ist noch gar nichts passiert, stellt sich die Frage, wie lange denn noch, sie verträsten uns einfach wieder.

LOS: Sind dort weitere Termine vereinbart worden, die für euch relevant wären?

FORUM DER BEHINDERTEN
UND KRÜPPELINITIATIVEN

Ganglbauergasse 11/26
A-1160 WIEN

Wien, am 16.11.1990

Betr.: Unterstützungserklärung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aufgrund unserer Arbeit im Bereich der ambulanten Pflege müssen wir feststellen, daß sehr viele, der von uns betreuten Personen, sich ihre Pflege nur in geringem Ausmaß oder unter Entbehrungen leisten können. Der Hilflosenzuschuß muß oft zur Deckung des Lebensunterhaltes verwendet werden.

Wir treten daher für bedarfsorientiertes Pflegegeld ein, dessen Höhe nach oben unbegrenzt ist, um so den betroffenen Personen die Möglichkeit zu geben, zwischen Wohnung und Pflegeheim frei entscheiden zu können. Die Kriterien für das Pflegegeld sowie dessen Höhe muß in allen Bundesländern gleich sein.

Weiters treten wir für die Reduktion der Pflegeheimbetten sowie den Baustop neuer Pflegeheime ein.

Aus obengenannten Gründen unterstützen wir die Inhalte und Forderungen Eurer Initiative beim Hungerstreik.

SENIORENHILFE
JUNGE PANTHER
Verein zur Verbesserung der Lebensbedingungen
hilfs- und pflegebedürftiger Menschen
1030 WIEN, RENNWEG 84 · TELEFON 0222/78 33 88



A: Es ist kein Termin weiter vereinbart worden, weil, wie du weißt, war dann der Ministerwechsel, oh ja, der zweite Termin war vereinbart, zu dem Zeitpunkt, als dann die Regierungserklärung im Parlament stattgefunden hat, also als dann auch der Ministerwechsel war, und der Termin wurde dann natürlich abgesagt.

LOS: Du hast jetzt sicher aufgrund der Verhandlungen den Ministerwechsel besonders genau beobachtet und hast

auch schon Gelegenheit gehabt, mit dem neuen Sozialminister Hesoun zu sprechen. Was glaubst du, nachdem du jetzt beide Sozialminister erlebt hast, ist von Hesoun mehr oder noch weniger zu erwarten als von Geppert, was ist dein Eindruck vom neuen Minister?

A: Sozialminister Hesoun hat doch mehr Verständnis für die Situation behinderter Menschen gezeigt, aber vom Verständnis

allein ändert sich die Situation nicht, er hat keinerlei Zusagen gemacht, sei es terminmäßig, sei es inhaltlich, oh ja, er hat gemeint, 2,7 Milliarden Schilling für das Vorarlberger Modell kann er sich eventuell vorstellen, die wären vielleicht finanzierbar, alles andere sei überhaupt unrealistisch und unmöglich.

Ich für meinen Teil habe bei diesem Gespräch gemerkt, daß Hesoun noch viel zu kurz im Amt ist, und sich mit dem Diskussionsstand, z. B. der Arbeitsgruppe 'Vorsorge für pflegebedürftige Personen' und allem, was bisher stattgefunden hat, erst beschäftigen muß. Er hat fast keine Informationen. Wir haben bei dem Termin vereinbart, einen Monat stillzuhalten, um dem Minister Gelegenheit zu geben, sich einzulesen, sich mit den Beamten in Verbindung zu setzen, sich zu informieren, und haben angekündigt, daß wir uns dann wieder melden, und von ihm eine Antwort auf unsere Forderungen wollen.

LOS: Habt ihr die Absicht, den Hungerstreik zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen, plant ihr gerade weitere Aktionen für den Fall, daß Hesoun nicht antwortet?

A: Die Behinderten- und Krüppelinitiativen planen weitere Aktionen, weil es kann ja nicht so sein, daß zwar für unsere Situation Verständnis aufgebracht wird, aber sie sich trotzdem nicht ändert. Unsere Behinderungen werden leider nicht besser und wir leben jetzt und nicht irgendwann, bis die Politiker sich bereitfinden, eine Lösung zu finden und deshalb diskutieren wir recht heftig und planen sehr wohl nächste Aktionen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich vielleicht behinderte Leserinnen und Leser dieser

Zeitung ersuchen oder einladen zu einer Diskussion; meine Adresse wird sicher bei dem Artikel oder in der Zeitung drinnen sein, daß sie sich einfach schriftlich bei uns melden und wir werden uns auch melden, und vielleicht müssen wir dann einen ganz großen Saal mieten, um die nächste Diskussion stattfinden zu lassen, das würde ich mir wünschen.

LOS: Danke für das Gespräch.

Das Gespräch mit Annemarie Srb führte Christine Petioky

Annemaries Adresse/Kontaktadresse:
Ganglbauergasse 11/26, 1160 Wien

Annemaries Assistentin, Tamaris Crepaz, war beim Interview dabei und beantwortete anschließend noch einige Fragen:

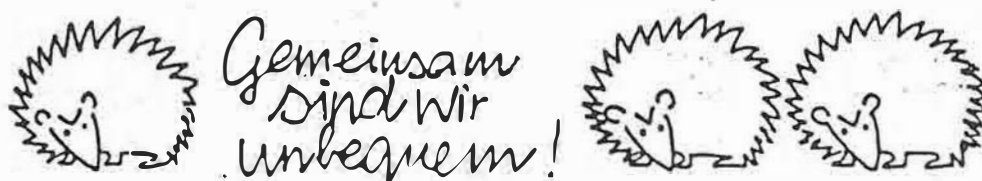
LOS: Tamaris, Annemarie hat viel von der persönlichen Assistenz während des Hungerstreiks erzählt. Du warst eine der Assistentinnen. Wie ging es dir dabei?

T: Also, ich habe zu diesem Zeitpunkt bei Annemarie überhaupt erst angefangen, und es war für mich eine sehr tolle Erfahrung, erstens einmal überhaupt im Parlament und dann mit behinderten Leuten...

LOS: Dein erster Einsatz fand also unter diesen außergewöhnlichen Bedingungen statt. Wie hast du dich dabei gefühlt?

T: Einerseits war es für mich sehr anstrengend, ich mußte mehreren Leuten gleichzeitig assistieren, einmal Tee bringen, dann Kaffee, in die Küche hinunterlaufen, und dann wieder die Tür

aufsperrten, wenn jemand zu Besuch gekommen ist...Aber die Gespräche mit Annemarie, Manfred und den anderen waren in dieser Situation so einmalig und irgendwie schön, man hat die Solidarität unter diesen Menschen gespürt und ich habe mich richtig wohlgefühlt.



PRIVATE INITIATIVE · UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH · POSITIV

AK Umwelt
Pfarre Hernals
St. Bartholomäusplatz 3
1170 Wien

21. November 1990

An die Behinderten im Hungerstreik!

Wir unterstützen das Anliegen nach finanzieller Gleichstellung der Zivilinvaliden mit den Kriegsinvaliden.
Alle Menschen sind gleich!

Mit den besten Wünschen

Theri Riedler
 Melanie Riedler
 Maria Riedler
 Karin Stempel
 Susanne Dostal
 Meie S. Ives
 Gudrun
 Monika Thinner
 Walter Roth
 Ginter Junger
 Ulfgarb
 Mag. Wolfgang
 C. I. I. I. I.
 Johann Müller
 Beate Rejz
 I. I. I. I. I.
 Susanne Pankner
 Johann Pankner
 Elisabeth Junger

PTV TELEGRAMM

PTV TELEGRAMM

PTV TELEGRAMM

PTV TELEGRAMM

JETZT REICHT ES UNS:

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND GEWALT IN ÖSTERREICH

Jetzt reicht es uns tatsächlich!

Eine der zentralen Forderungen der Behinderten und aller Behindertenorganisationen, die Schaffung einer einheitlichen Pflegevorsorge, wird von den Regierungsparteien verzögert, verschleppt und verhindert:

- o zuerst wurde eine diesbezügliche Petition des Österreichischen Zivilinvalidenverbandes, die von den GRÜNEN eingebracht wurde, nicht behandelt
- o dann wurde die Behandlung eines von den GRÜNEN im Parlament eingebrachten Antrages zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage abgelehnt!

In anderen Staaten gibt es bereits Antidiskriminierungsgesetze für Behinderte - in Österreich verhindert das völlige Desinteresse der Koalitionsparteien die Abschaffung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Nicht einmal vor den Wahlen kann sich die Koalition zu irgendwelchen Zusagen überwinden!

IN ÖSTERREICH WERDEN BEHINDERTE MENSCHEN ABGESCHOBEN UND ENTMÜNDIGT.

WIR BEHINDERTE MENSCHEN FORDERN DAHER:

- o die Schaffung einer bundeseinheitlichen Pflegesicherung
- o die Auszahlung eines Pflegegeldes nach dem tatsächlichen Bedarf und unabhängig vom Einkommen an die betroffenen Personen selbst
- o Abschaffung der großen Pflegeheime

WIR WEIGERN UNS, NOCH LÄNGER DIE OPFER EINER SOZIALPOLITIK ZU SEIN, DIE NUR AN AUSGRENZUNG UND KOSTENEINSPARUNG INTERESSIERT IST!

Behinderte, Betroffene und Unterstützende, kommt und beteiligt euch an unserer MAHNWACHE vor der Stephanskirche ab Fr. 21.9.90, 10 Uhr!

Impressum: Forum der Behinderten und Krüppelinitialiven, Theresia Hildmayr (Linz), Wilfried Raitz (Salzburg), Erwin Riess (Wien), Dieter Schragie (Wien), Volker Schönwiese (Innsbruck), Annemarie und Manfred Srb (Ganglbauerq. 11/26, 1160 Wien)

Jahrelang bestehen die Forderungen behinderter Menschen nach einem Pflegegeld in der Höhe der tatsächlichen Kosten. Jetzt soll es ein bundeseinheitliches Gesetz zur Regelung der Pflegevorsorge geben.

ABER:

- dieses geplante Gesetz orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der pflegebedürftigen Personen. Das bedeutet aber, daß Menschen mit stärkeren Behinderungen, die auf ein größeres Ausmaß an persönlicher Hilfe angewiesen sind, kaum etwas anderes übrig bleiben wird als in ein Pflegeheim abgeschoben zu werden.
- an den Heimen wird auch nicht gerüttelt. Sie sollen weiter bleiben.
- völlig offen ist auch noch der Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Gesetzes, sicherlich wird es nicht der Beginn des kommenden Jahres sein.

BESTEHEN BLEIBT DAHER DER UNTERSCHIED ZWISCHEN KRIEGS- UND ZIVILINVALIDEN!

BESTEHEN BLEIBT DAHER ZWEIERLEI RECHT!

Und das, obwohl im Artikel 7 der österreichischen Bundesverfassung steht:

"Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich..."

Dieser sogenannte Gleichheitsgrundsatz gilt für uns nicht!!

Während für kriegsbehinderte Menschen eine halbwegs zufriedenstellende Lösung existiert, werden alle anderen behinderten BürgerInnen noch immer in Heime abgeschoben, und es wird ihnen ein mündiges, selbstbestimmtes Leben verwehrt.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AN BEHINDERTEN MENSCHEN SIND AN DER TAGESORDNUNG!

WIR LASSEN UNS DAS NICHT LÄNGER GEFALLEN! WIR KÄMPFEN FÜR UNSERE RECHTE!

Wir fordern:

- 1) Pflegegeld in der Höhe des tatsächlichen Bedarfes sowie Auszahlung an die Betroffenen selbst
- 2) zumindest aber eine bundeseinheitliche Pflegegeldregelung nach dem Muster des Kriegsofferversorgungsgesetzes
- 3) einen einklagbaren Rechtsanspruch auf obengenannte Leistungen
- 4) keine öffentlichen Gelder (Pflegeversicherung, Sozialversicherung, Budget) für Heime mit mehr als 30 Insassen

Nachdem wir trotz einer Mahnwache keinerlei konkrete Zusagen auf unsere Forderungen erhalten haben, sind wir nun gezwungen, zu drastischeren Mitteln zu greifen und einen unbegrenzten Hungerstreik auszurufen.

Wir sind fest entschlossen, diesen Hungerstreik so lange durchzuhalten, bis wir von den für unsere Situation politischen Verantwortlichen - Bundeskanzler Vranitzky und Vizekanzler Riegler, die Erfüllung unserer Forderungen zugesagt erhalten.

Nichts begriffen oder: eine andere Welt

Christine Petioky

Am Tag vor Beginn der Mahnwache vor dem Stephansdom hatte ich Gelegenheit, Minister Ettl bei einer Podiumsdiskussion zum Thema Altenheime, Pflegeheime zu erleben. Diese Diskussion wurde von Pro Senectute veranstaltet, also einer gemäßigt kritischen Organisation - und sicher auch vor einem mäßig kritischen Publikum. Und doch - auch dort gab es nicht zu überhörenden Applaus für die Forderung, von der stationären Pflege abzugehen...

Ettl konnte mit dieser Forderung offensichtlich nichts anfangen, sprach davon, kleine Pflegeeinheiten organisieren zu wollen - gefragt, was er darunter verstünde, antwortete er: 'So ca. hundert Betten...' - und schließlich stellte er als angestrebten nächsten Schritt zur Beendigung der ganzen Pflegemisere seinen Entwurf für ein Pflegeheimgesetz in Aussicht.

Am nächsten Tag begann, wie gesagt, die Mahnwache.

Und ich machte mich auf die Suche nach dem angekündigten Gesetzesentwurf. Über Umwege bekam ich ihn schließlich zu lesen.

So bin ich in der Lage zu einer Einschätzung dieses angeblichen Reformschrittes: Das Gesetz wird

möglicherweise eine Grundlage schaffen, extremste Mißstände und Mißhandlungen etwa in privaten Heimen abzuschaffen - offenbar gibt es diese rechtliche Grundlage bislang gar nicht! In der Hauptsache wird es aber dazu geeignet sein, im System begründete, immanente Zustände zu zementieren. Auf wer weiß wie lange Sicht.

Schwerpunkte liegen auf:

- KONTROLLE (auch Kontrolle der BewohnerInnen): 'Die Heimordnung hat Bestimmungen über (...) das von den pflegebedürftigen Personen und Besuchern zu beobachtende Verhalten, Mahl- und Ruhezeiten, den Ausgang von gesundheitlich hierzu geeigneten pflegebedürftigen Personen (...) zu enthalten.'

- HYGIENE: 'Für jedes Pflegeheim ist ein geeigneter Arzt zur Wahrung der Belange der Hygiene (Pflegeheimhygieniker) zu bestellen. (...) Zur Unterstützung des Pflegeheimhygienikers ist eine qualifizierte diplomierte Krankenschwester als Hygienfachkraft beizuziehen.'

'Die Größe und Ausstattung der Zimmer soll nach dem Stand der Wissenschaft den medizinischen, pflegerischen, hygienischen und sozialen (in dieser Reihenfolge! - Anm. d. Verf.)

Anforderungen entsprechen.'

... (es ist) sicherzustellen, daß jeder pflegebedürftigen Person ein versperrbarer, hinreichend großer Einrichtungsgegenstand zur Verfügung steht' (Soviel anscheinend als Kriterium für die 'sozialen Anforderungen')

- MEDIZIN: 'Jede pflegebedürftige Person ist anlässlich der Aufnahme ärztlich zu untersuchen (...) der Gesundheitszustand der pflegebedürftigen Personen hat mindestens einmal wöchentlich kontrolliert zu werden...'

MitarbeiterInnen des diesem Gesetz entsprechenden Pflegeheims sind:

Diplomiertes Krankenpflegepersonal, Pflegehelfer, Angehörige medizinisch-technischer Dienste und Sanitätshilfsdienste. Supervidiert durch klinische Psychologen.

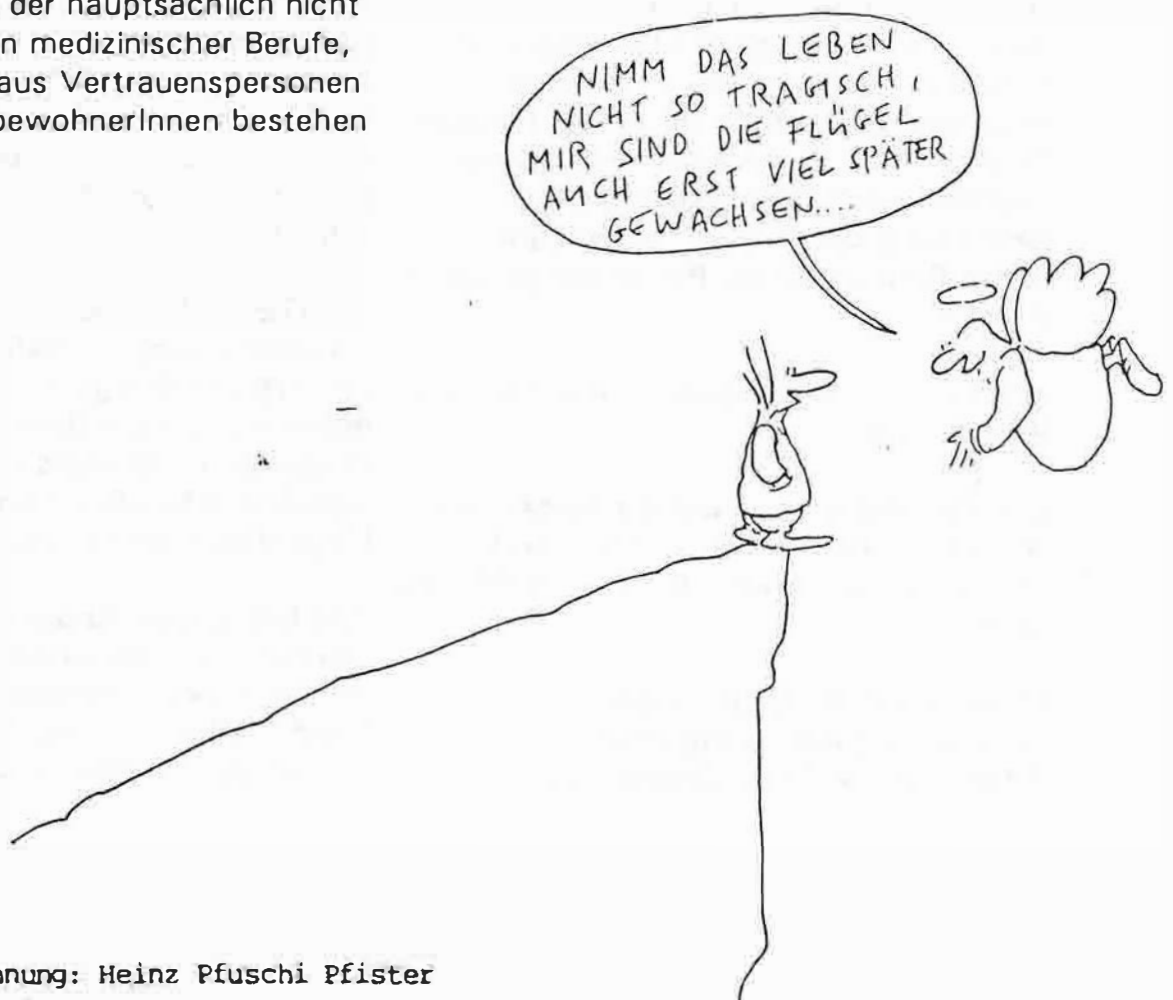
Ein Ombudsrat, der hauptsächlich nicht aus Angehörigen medizinischer Berufe, und u. a. auch aus Vertrauenspersonen der PflegeheimbewohnerInnen bestehen

soll, ist für die Prüfung von Beschwerdefällen vorgesehen. Darüber hinaus ist für die Betroffenen oder von ihnen delegierte Personen kein Mitwirkungsrecht an der Organisation geplant

Es soll also dabei bleiben: Kommen wir in ein Pflegeheim (und momentan schützt uns nichts davor), so wird bestenfalls unser Organismus ordnungsgemäß gewartet.

In der AZ vom 16.3.1991 steht übrigens sinngemäß zu lesen, daß es bisher sogar unmöglich war, diesen Gesetzesentwurf bei den Landessozialreferenten der Länder durchzusetzen. Anscheinend sieht er für diese zuviel an Reform vor.

Welten liegen zwischen den Vorstellungen unserer Politiker und den Konzepten für selbstbestimmtes Leben. Sie haben oft gehört, worum es geht.
BEGRIFFEN HABEN SIE NICHTS!!



10 Jahre
Verein für psychiatrische
Nachsorgeeinrichtungen

SYMPOSIUM FREIHEIT HEILT

Probleme auf dem Weg von der
psychiatrischen Anstalt zur Integration

2. - 4. Mai 1991

Programmorschau

Donnerstag	2. Mai 1991	15.00 - 20.00
Freitag	3. Mai 1991	8.30 - 18.00
Samstag	4. Mai 1991	8.30 - 12.00

im Bildungszentrum Jägermayrthof, Römersir. 98, Linz a.d. Donau

KULTURPROGRAMM IM RAHMEN DER FEIERLICHKEITEN
10 JAHRE BASAGLIA HAUS
10 JAHRE VEREIN FÜR PSYCHIATRISCHE
NACHSORGEEINRICHTUNGEN

Veranstaltet von:

- * Verein für psychiatrische Nachsorgeeinrichtungen
- * Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der psychischen Gesundheit in der Region Alpe Adria
- * Gewerkschaft der Privataneestellten

1. Mai 1991 Posthof Linz großer Saal

20 uhr MATTJA KOFSKIJ

SENSATIONSGASTSPIEL DER COOPERATIVE LA COLLINAAUSTRIST.
Das Stück wurde von CLAUDIO MISKULIN und ANGELA PIANCA in Zusammenarbeit mit ehemaligen Psychiatriepatienten erarbeitet und 1989 in Rom uraufgeführt.

Kartenreservierungen erbeten!

Anmeldungen

22 uhr.....FEST mit der legendären Rockband
AUSTRIA KNOCHENSCHAU

Verein für psychiatrische
Nachsorgeeinrichtungen

Grünauerstraße 18
4020 Linz

ÖSTERREICH

3.-7. Mai 1991 PROGRAMMKINO MOVIEMENTO, Linz
FILMREIHE

Gezeigt werden unter anderem: Birdy

Ich hab dir nie einen Rosengarten versprochen
Drinnen und draußen
Dicht hinter der Tür
Kopfstand
Weht die Angst so weht der Wind
Das Packeis Syndrom

Kinder, was habt's denn gegen große Heime?

Michael Bacher

Dieser Satz war bezeichnenderweise die erste - und bis jetzt fast einzige Reaktion des Kanzlers der Republik auf die Forderungen, denen der Grüne Abgeordnete Manfred Srb und fünf weitere betroffene Krüppel durch einen Hungerstreik, den sie im "Hohen Haus" abhielten, Nachdruck verleihen wollten.

Was wollten sie erreichen, der Herr Srb, der einen Hungerstreik anzettelte - anstatt seiner Pflicht als gewählter Abgeordneter und Mitglied des parlamentarischen Sozialausschusses nachzukommen (O-Ton des selbstverständlich nichtbehinderten Behindertensprechers der SPÖ, Willi Guggenberger) - und seine Spießgesellen?

Nun ja, das ist eigentlich ganz einfach:

Sie wählten diese nicht gerade belanglose Aktionsform für ihren politischen Kampf, weil sie im sogenannten "Sozialstaat", wenig bis gar keine Möglichkeit sehen, endlich Rechte zu erkämpfen, die für die "normale" - sprich: nicht-behinderte - Bevölkerung ganz selbstverständlich sind.

- die schleunigste Abkehr von der in Österreich praktizierten Methode, pflegebedürftige oder sonstwie behinderte Menschen in möglichst großen Institutionen und Heimen unterzubringen - eigentlich zusammenzufangen.

- eine endlich realitätsbezogene - nicht realitätsfremde - materielle Stellung der meisten Krüppel in diesem Lande, anders

als dies bisher per Gesetz der Fall ist.

Es ist ja wohl eine Milchmädchenrechnung, die schon jeder mittelmäßig begabte Volksschüler begreift, daß - nach dem Motto: "ohne Geld ka Musi" - selbstverständlich diejenigen umso mehr Cash brauchen, die sich selbst weniger rühren können und daher nicht in der Lage sind, im normalen Alltag ohne fremde Hilfeleistungen auszukommen.

Lediglich die Damen und Herren unserer Bundesregierung scheinen sich zu dieser Erkenntnis nicht durchringen zu können. Bezeichnenderweise etliche sogenannter "linke" Sozialdemokraten noch weniger als einige ÖVP-ler, denen scheinbar die "christliche Soziallehre" allmählich doch bedeutet, daß Menschen nicht einfach ungefragt irgendwo weggesperrt werden können oder daß man sie sonstwie dahinvegetieren (dieses Wort in Feursteins Ohr) lassen kann. Jedenfalls ist jetzt durch Streiks und andere jahrelange Kämpfe erreicht, daß gewisse Besserungen - vor allem in materieller Hinsicht - in Aussicht gestellt werden. Vage genug, aber doch....

Damit kann und wird - auch wenn die Großkoalitionäre einen Anfall von Großzügigkeit bekommen - längst nicht alles erreicht sein. Nämlich all das, was Krüppel im "Sozialstaat" Österreich brauchen, um eines fernen Tages ein einigermaßen unabhängiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Den dafür zuständigen Amts- und

Würdenträgern dieses Landes sei also geraten, in Zukunft weniger Zynismus und Oberflächlichkeit bei der Bewertung der Anliegen bisher benachteiligter "Randgruppen" walten zu lassen. Sonst kommen wir wieder - unsere kämpferische

Phantasie ist mit der Veranstaltung eines schlußendlich relativ glimpflich verlaufenden Hungerstreiks nicht zu Ende!

Ein von dem Streik und den beschriebenen Mißständen Betroffener.

Hungern für Menschenrechte

Manfred Srb

Das war wohl die politisch bedeutsamste Aktion der österreichischen Behindertenbewegung seit der Blockade der Eingänge zur Eröffnungsveranstaltung der Wiener Hofburg zum Auftakt des Jahres der Behinderten 1981.

Bedeutsam vor allem auch deshalb, weil in der Öffentlichkeit deutlich sichtbar wurde, daß sich behinderte Menschen endlich wehren. Eine Bevölkerungsgruppe, von der man in der Regel politisches Wohlverhalten, Unauffälligkeit und vor allem Dankbarkeit erwarten darf.

Und jetzt das! Es war aber auch wirklich zu peinlich für die Ankündigungsprediger der Koalition: gehen doch glatt ein paar Betroffene her und sagen das, was kritische behinderte Menschen bereits seit Jahren sagen und fordern, in einer so eindrucksvollen und ausdrucksvollen Art, daß es in allen Wohnzimmern Österreichs zu sehen, zu hören und zu lesen war.

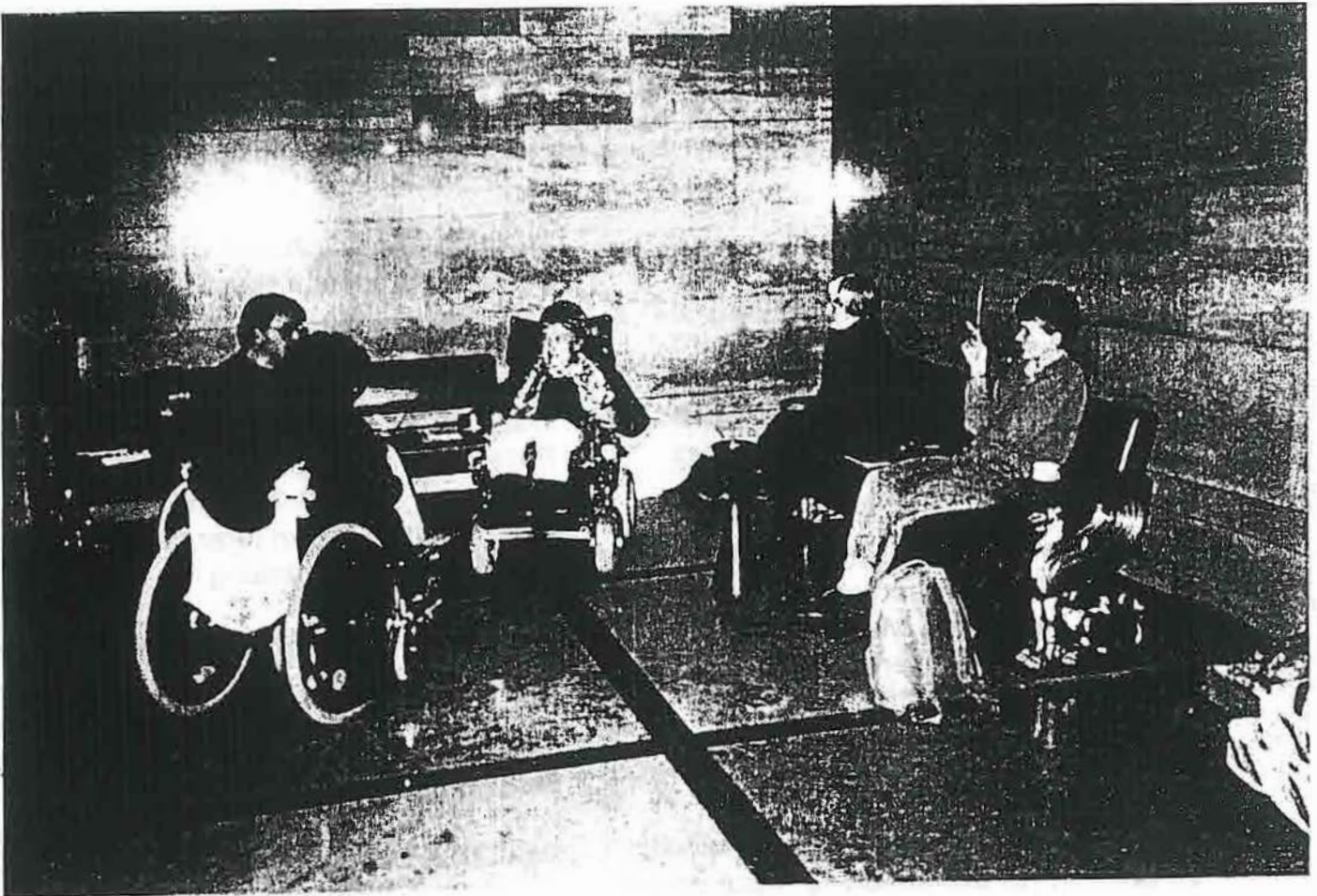
Ist denn das überhaupt erlaubt, lautet die unausgesprochene Frage der österreichischen Verhinderermafia und in ihren Gesichtern war sehr deutlich zu lesen, wie peinlich ihnen unsere Aktion war und wie ungelegen sie ihnen kam. Rollen da einige ganz einfach her und stören die SPVP-Behindertensprecher und ihre Parteiliebe in ihrer beschaulichen Sonntagsredenstimmung.

Wir waren endlich einmal in der Offensive - die anderen verlegten sich aufs Wadelbeißen, Denunzieren, Verleumden und Beschwichtigen - der Untergriff hatte Saison, die Beschwichtigungshofräte in voller Fahrt. Einmal mehr wurde bewußt: **MÜNDIGE BÜRGER UNERWÜNSCHT!**

Sind wir für die doch wesentlich pflegeleichter, wenn wir in Pflegeheimen auf der grünen Wiese endgelagert werden. So viele Presseaussendungen der Koalition zu unserem Thema gab es noch nie, die Ankündigungsmaschinerie lief auf Hochtouren.

Besuche von diversen Politikerkollegen gabs auch einige - das Interesse hielt sich aber durchaus in Grenzen. Am längsten durch Abwesenheit glänzten jene, die es am meisten anging: der Sozialminister sowie die Behindertensprecher der Regierungsparteien. Sie erschienen am 9. (SPÖ) bzw. am 8. (ÖVP) Tag. Dafür hat die angeblich so unermüdliche zum Wohle der Behinderten tätige

Dafür erhielten wir von der FP-Behindertensprecherin via Medien gute Ratschläge, wann wir unseren Hungerstreik machen hätten sollen: in den letzten vier Jahren nämlich, weil ja jetzt ohnehin bereits alles unter Dach und Fach sei. Und ihre Parteikollegin, die 3. Parlamentspräsidentin deckte uns ebenfalls mit Hilfe der Medien mit guten Ratschlägen ein: Ein Hungerstreik wäre in



Behindertensprecherin der Freiheitlichen nicht eine einzige Minute ihrer kostbaren Zeit erübrigen können. Ihre nicht für diesen Bereich zuständigen Parteikolleginnen waren dafür nicht so schwer beschäftigt gewesen und gekommen.

ihren Augen kein adäquates Mittel zur Durchsetzung von Forderungen; aber ansonsten stehe sie den Anliegen der Behinderten aufgeschlossen gegenüber. Natürlich so aufgeschlossen, daß auch sie keine Zeit für einen Besuch bei uns gefunden hat.

Der erste Abgeordnete, der uns besucht hat, war übrigens einer, der das Abhängigsein von fremder Hilfe aus persönlicher Erfahrung in seiner Familie gekannt hat. Und: je größer die Partei war, desto weniger politisch Verantwortliche ließen sich blicken.

die KRONE und die Furche befand, und wer hätte das gedacht, im Behindertenbereich auch so alteingesessene Zeitschriften wie Handikap.

Wie sich überhaupt die Reaktionen der Behindertenvereine eher in Grenzen hielten

APA, 15.11.1990: Kritik am Hungerstreik äußerte SP-Behindertensprecher Walter Guggenberger. "...ich hoffe, daß der parlamentarische Aktionismus der Grünen zu keiner Dauereinrichtung wird"...

Zur Aussage Srbs, Pflegeheime wären "Euthanasie auf Raten", meinte der SPÖ-Behindertensprecher, daß damit das Pflegepersonal in Heimen verunglimpft werde.

MID, 16.11.1990: "...verantwortungslose Verunsicherung der Betroffenen (...) unange-messen (...) unangebracht (...) hier sollte offenbar mit einem durchsichtigen Aktio-nismus auf dem Rücken bedürftiger Menschen politisches Kleingeld erzielt werden, warf Feurstein den Organisatoren der Protestaktion im Parlament vor.

APA, 19.11.1990: Seit sechs Tagen befinden sie sich im Hungerstreik (...). Von den Politikern zeigte man sich enttäuscht: Keiner sei gekommen - weder die Behinderten-sprecher der Parteien (Walter Guggenberger, SPÖ; Gottfried Feurstein, ÖVP; Helene Partik-Pable, FPÖ.), noch die Parteichefs von SPÖ und ÖVP Franz Vranitzky und Josef Riegler, die die politische Verantwortung zu tragen hätten. Einzig allein National-ratspräsident Heinz Fischer habe ihnen einen Besuch abgestattet. (...) Die Behinderten wollen trotzdem unter ärztlicher Aufsicht weitermachen. Ein Gewissen haben sie bisher geweckt: Die Firma IKEA wird ihnen Betten zur Verfügung stellen, denn bisher mußten sie im Rollstuhl, am Boden oder auf den spärlichen Bänken in der Säulenhalle des hohen Hauses schlafen.

Das Medienecho war - wie das bei spektakulären Aktionen üblich ist - extrem groß, vielfältig und - dank unserer Ausdauer - auch langanhaltend. Das Engagement der einzelnen Medien war auch auch z. T. recht uneinheitlich.

Diesmal war der ORF von Beginn an und kontinuierlich dabei. Das gleiche gilt auch für viele Printmedien. Allerdings gab es auch einige, die unsere Aktion und damit unsere Forderungen beharrlich totschwiegen und dabei tat sich eine interessante Koalition der Vertuscher und Ignorierer auf, unter der sich der FALTER,

- in äußerst engen Grenzen. War es nur die gewohnte Enge gewesen, oder war es ein gewisser Neid auf die Aktiven, die "Erfolgreichen", wo doch für so etwas eigentlich die Vereine zuständig sind? Oder war es der stets perfekt funktionierende vorausseilende Gehorsam den Mächtigen gegenüber, mit denen man es sich ja doch nicht verderben will, weil man dann das Versiegen der Subventionen sowie der Politikerbesuche bei den Weihnachtsfeiern befürchtet?

Allerdings haben wir uns auch sehr über

die klaren Solidaritätsadressen einiger Behindertenorganisationen sowie über die Besuche ihrer Funktionäre gefreut. Dies hat uns, neben den vielen anderen Solidaritätstelegrammen, Anrufen und Besuchen ganz starken Auftrieb gegeben und uns erst in die Lage versetzt, so lange durchzuhalten. Und ganz besonders halfen uns dabei jene Freundinnen und Freunde, die selbst schwer behindert, aus den Bundesländern zu uns gekommen sind, um uns zu besuchen und somit ein Stück weit mit uns solidarisch zu sein oder gar, wie im Falle einer Freundin aus Oberösterreich, mit uns einige Tage zu hungern um dann zu Hause wieder in die Arbeit zu gehen und dort den Hungerstreik fortzusetzen. Oder jene FreundInnen, die in einem Bundesland parallel zu unserem Hungerstreik eine eigene Aktion gestartet hatten. Oder jene Frau, die mir am Telefon erklärte, sie könne leider aufgrund ihrer schlechten Verfassung nicht zu uns kommen und mit uns hungern, die dies aber in ihrer Wohnung machte. Gefreut haben wir uns aber auch über alle jene

netten Menschen, die ganz einfach zu uns kamen und ihre Dienste anboten.

Das reinste Kontrastprogramm dazu war der Club 2 gewesen. Hier tummelten sich dank der geschickten Regie der Unterläufer des Regierungsfunks eine Unmenge von Politikern und Funktionären, die sich durch ihre Unverschämtheit und ihre brutale Ellenbogentechnik in Szene zu setzen wußten und einmal mehr uns Betroffenen sagen zu müssen glaubten, wo es langgeht. Und die in einer unglaublich penetranten Art über die einzige anwesende Teilnehmerin am Hungerstreik, die bereits an diesem 9. Tag des Hungerns und vom permanenten Stress gezeichnet war, brutal drüberfahren. Nach Art des Hauses. Oder die, wie eine anwesende Funktionärin, hergingen und eine am gleichen Tag von der Rathauskorrespondenz herausgegebene Jubelmeldung der Wiener SPÖ fast wortwörtlich vom Blatt las. Ich frage mich, für wie dumm halten diese Funktionärstypen eigentlich uns Behinderte sowie viele andere?

MID, 19.11.1990: Geppert appelliert an Länder: Pflegevorsorge ernstnehmen
... zwischen dreihunderttausend und fünfhunderttausend Menschen sind hilfs- oder pflegebedürftig. Siebzigttausend Menschen sind bettlägrig und müssen außerhalb stationärer Einrichtungen betreut werden. Zweihundertsiebzigttausend Personen sind schwer behindert...

APA, 18.11.1990: 'Neue Zeit' zu Hungerstreik der Behinderten: ... eine Studie hat ergeben: Eine verschwindende Anzahl von Kriegsoffizieren lebt im Heim. Das Kriegsoffiziersversorgungsgesetz billigt ihnen Zuschüsse zu, die die Finanzierung von Pflegehilfen erlaubt. Anders die Zivilinvaliden: Sie hatten bislang nur Anspruch auf den Hilflosenzuschuß. (...) Kaum überraschendes Ergebnis der Studie: Eine Vielzahl von Zivilinvaliden lebt im Heim. Sie können sich Pflege außerhalb des Heimes schlicht und einfach nicht leisten...

Die für die Jubelmeldung verantwortliche SPÖ hat übrigens in der Zwischenzeit heimlich, still und leise aufgerüstet: zum Kampf gegen die behinderten Menschen. Waren sich vor 10 Jahren im Jahr der Behinderten bereits alle einigermaßen vernünftigen Menschen darüber einig, daß man Behinderten keine Almosen schenken soll, so ist dies neuerdings wieder üblich: Die Stadt Wien machts möglich dank der von ihr ins Leben gerufenen Vernebelungs- und Vertuschungsoffensive namens "Aktion Mensch", in deren Rahmen es sogar gratis Kinokarten für die armen Krüppel gibt.

Der Kontrast könnte nicht größer sein: auf der einen Seite hungern behinderte Menschen für ihre Bürgerrechte und köpften für eine fortschrittliche Lösung im Pflegebereich, die ihnen seit Jahren vorenthalten wird. Auf der anderen Seite versuchen die Wiener Kommunalpolitiker in einer großangelegten Verdummungsaktion die Sache so darzustellen, als würde es bloß am Verständnis für die behinderten "Mitmenschen" mangeln und als wäre für uns sonst alles in Ordnung. Wenn das keine Herausforderung für uns ist?

Wien 20.11.90

Liebe Freundinnen

Wir versichern Euch im Kalmen
das ÖGB alles zu unternehmen
um Eurer Forderungen, die auch unsere
sind, durchzusetzen.

Viel Glück

Silvia Regulus

GE - Vertretin, ÖGB - Pol. Vert.

A-1010 Wien, Wipplingerstraße 23 Tel.: 0222/5356200

GE
GEWERKSCHAFTLICHE EINHEIT
ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTLICHEN

Heute Gespräche über Pflegegeld

Die seit mehr als einer Woche in der Säulenhalle des Parlaments im Hungerstreik befindliche Gruppe von Schwerstbehinderten hat am Donnerstag anlässlich der Nationalratssitzung u. a. „Besuch“ von Vizekanzler Josef Riegler und Sozialminister Walter Geppert erhalten. Geppert wird heute mit Behindertenvertretern über Pflegegeldleistungen verhandeln.

Beide Politiker unterstrichen auch unter Hinweis auf die laufenden Koalitionsverhandlungen ihre Bemühungen für die Behinderten insbesondere auch in der Frage der Pflegegeldleistungen. Die Hungerstreikenden selbst hielten an ihrer Forderung nach Angleichung der Zivilbehinderten an die finanziell deutlich besser ausgestatteten Kriegsofopfer fest.

Riegler betonte gegenüber dem mitdemonstrierenden

behinderten Grün-Abg. Manfred Srb, mit der Vereinbarung im Rahmen der Koalitionsgespräche über eine Pflegegeldleistung sowie den Ausbau der Pflegevorsorge sei ein wichtiger Fortschritt zur Verbesserung der Situation der behinderten Menschen erzielt worden. Ob im Detail noch bessere Regelungen möglich seien, könnte sich im Zuge der parlamentarischen Beratungen ergeben. Die Forderung nach Gleichstellung der Zivilbehinderten

mit den Kriegsofopfern würde eine Verdoppelung des Mehrbedarfs nach sich ziehen.

Sozialminister Geppert wiederum meinte, für die Behinderten „nicht nur viel getan zu haben, sondern auch eine Menge noch tun zu wollen“. Sollte dies ein Beweis für seine Akzeptanz bei den Behinderten sein, so wäre er durchaus bereit, sich in einen Rollstuhl zu setzen und einen ganzen Tag lang zu versuchen, das Behindertsein nachzuvollziehen.

Zuvor hatte Geppert in einer Aussendung seines Ministeriums mitgeteilt, daß er Behindertenvertreter, unter ihnen auch der Abg. Srb, für heute zu Gesprächen über die Frage von Pflegegeldleistungen eingeladen habe.

PRESSE 24.11.1990

Hungerstreik beendet Gespräch mit Geppert verlief ergebnislos

WIEN (rie). „Wir setzen den Hungerstreik vorerst aus, um politisch aktionsfähig zu bleiben“, erklärte der Abgeordnete der Grünen, Manfred Srb, am Freitag nach dem Gespräch mit Sozialminister Walter Geppert über die Pflegegeldvorsorge. Diese Entscheidung habe allerdings nichts mit den Verhandlungen mit dem Minister zu tun. „Das Gespräch verlief ergebnislos. Geppert war nicht bereit, auf unsere Forderungen konkrete Zusagen zu machen.“

Kommende Woche wollen die Behinderten um Termine bei Finanzminister Ferdinand Lacina und bei Staatssekretär Günter Stummvoll ansuchen, da Geppert Zweifel an der Finanzierbarkeit der Forderungen geäußert hatte.

Sie fühlten sich auch gefrozzelt, sagte Srb weiter, weil auch der Bundeskanzler kein Gespräch mit ihnen gesucht habe, sondern viel-

mehr „diese Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch die verschiedene Pflegegeldleistung für Zivilbehinderte und Kriegsofopfer“ anscheinend dulde. „Es ist erschreckend, daß in diesem Land eine Gruppe Menschen neun Tage hungern kann, ohne daß sich die Regierung sonderlich darum kümmert.“

Im Büro von Sozialminister Geppert erklärte man, der Minister habe zugesichert, bei der Konferenz der Landessozialreferenten am 30. November in Wien die Interessen der hungernden Behinderten zu vertreten. Langfristig sei eine soziale Angleichung an die Kriegsofopfer anzustreben. Eine Gleichstellung würde aber „vor allem in den unteren Stufen“ sehr teuer werden. Weiters hieß es, die Forderung nach Inkrafttreten der zu schaffenden Regelung mit Jänner 1991 sei unrealistisch.

APA, 22.11.1990: ... Sozialminister Geppert(...) meinte, für die Behinderten

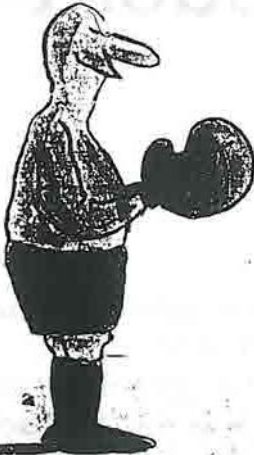
„nicht nur viel getan zu haben, sondern auch eine Menge noch tun zu wollen“.

Wenn dies ein Beweis für seine Akzeptanz bei den Behinderten sein würde, so

wäre er durchaus bereit, sich in einen Rollstuhl zu setzen und einen ganzen Tag zu

versuchen, das Behindertsein nachzuvollziehen...

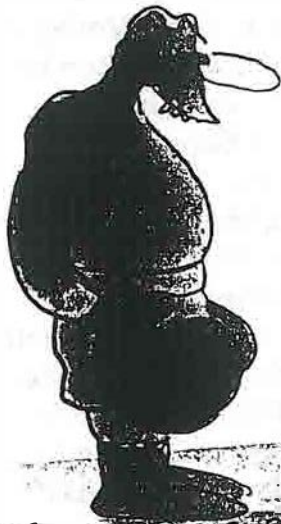
BOXERTYPEN
(EINE AUSWAHL)



DER FROMME



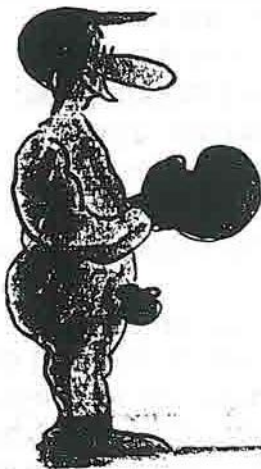
DER ÄNGSTLICHE



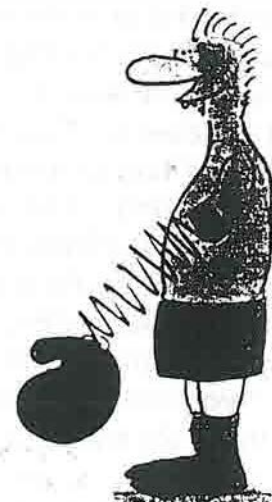
DER WINNERTYP



DER INTELLEKTUELLE



DER MACHO



DER BEHINDERTE

Weitere Mitarbeit gesucht —

Teil 2

K. Rüppel

Nachdem dem Auf- bzw. Hilferuf der LOS-Redaktion in Nr. 30, statt der erwarteten Brieflawine ein einziges mickriges Schreiben folgte, tröstete ich die verantwortlichen Damen und Herren mit dem Hinweis, daß in Zeiten wie diesen, wo "Glasnost" und "Perestroika" auch in unseren Wohnzimmern unaufhaltsam Einzug halten - wo sich sogar schon der Paul Strobl für seine "Volksanwalt"-Sendung Behinderte als Hintergrunddekoration holt, ganz ungeachtet der Tatsache, daß eventuell einem eiskalten Generaldirektor übel wird, sich zweifellos die großen Schreiberlinge unserer Zeit darum prügeln würden, für LOS zu schreiben.

Solcherart seelisch gerüstet, packte ich in meinem Wunschtraum mein letztes sauberes Hemd in meine alte, speckige Reisetasche, sattelte das eigentlich schon längst ausgestorbene Dichterpferd "Pegasus" (aber im Traum ist ja alles möglich) und flog zufrieden ins Mekka von Zufriedenheit und Eintracht, ins neue Deutschland. Begeisterung heischend, klingelte ich an die Türe der berühmten Romanciers unserer Zeit, trug ehrfürchtig einer seelenlosen Sprechanlage mein Anliegen vor und humpelte erst enttäuscht von dannen, als sie mich böse anfauchte: "Sag mal Männeken, bei Dir piept's wohl? Mit dem Scheiß kannst bei uns keine

müde Mark mehr machen. Wir stehen zur Zeit eher auf politisches Enthüllungsmaterial, da klingelt die Kassa, alles andere ist kalter Kaffee! Tschüss!!" Etwas erschrocken, aber noch lange nicht entmutigt, begab ich mich in die humane Schweiz, wobei ich um den vor Gelächter wiederhallenden "Nebelspalter" Verlag in Winterthur schamhaft einen großen Bogen machte und deswegen vermutlich die Crème de la Crème der Schweizer Literaturszene verpasste. Schießlich gelang es mir, wider Erwarten, in der Nähe von Zürich einen berühmten deutschen Autor in seinem Eremitendasein aufzustöbern, der mich zwar freundlich empfing, mir jedoch seufzend mitteilte, daß seine Meldung "Niemand ist eine Insel!" nur ignoriert wurde und er mit sozialen Anliegen immer Schiffbruch erlitten hätte. Der Bogen spanne sich von einer Putzfrauenrevolte wegen einer rührenden Kurzgeschichte über eine Raumkosmetikerin, bis zu seiner bössartigen Satire über die gute Gesellschaft in der Nachkriegszeit, die zu einem ausschweifenden Sexfilm umfunktioniert wurde. Deshalb würde er sich seither lieber resigniert seinen Romanen und dem Geldzählen widmen.

Da erinnerte ich mich an die seit Jahrhunderten führende Stellung der Wiener Literaturcafés und ich begab mich eilends zurück in die Heimat. Doch welche Enttäuschung, schon bei meinem Eintritt



FOTO:Christine Petioky

schalite es mir unisono entgegen: "Bischt narrisch Bürscherl, in da heitagan Zeit hauma ondere Soagn äus Eich Krippel. Im Nahen Osten woa groad a Kriag, im Baltikum krachts, im Kroatien scheppats scho, in der Slowakei kriselts und do kummscht Du und faselst von Menschenrechte. Schleich Di, Du

Provinzler, sunst hui mer den Bundespräsidenten."

Geknickt und unglücklich schlich ich mich durch die Innsbrucker Altstadt nach Hause, um in Tränen aufgelöst, dortselbst aufzuwachen, da kam, wie es sich für einen Traum mit Happy End gehört, der große Felix Mitterer persönlich des Weges, lächelte sein unvergleichbares trauriges Lächeln und sagte tröstend: "Schau, das ist Euer Problem und nur Ihr allein könnt es lösen. Ich habe mich jahrelang bemüht, Euch mit meinen Stücken zu helfen, aber außer Euch hat sich keiner dafür interessiert. Erst als ich in einem Anfall von Phlegma eine ganz normale und präzise Beschreibung meiner Umwelt ins Fernsehlein brachte, wurden mir Humorlosigkeit und Vaterlandsverrat vor- und beinahe ein Orden nachgeworfen. Bestimmt rate ich Euch richtig, wenn ich Euch beschwöre, dasselbe zu tun. Beschreibt Eure Alltagswelt wie sie ist, sammelt Erlebnisse und Eindrücke, beobachtet Menschen und ihre Reaktionen. Vielleicht merkt Ihr dann, daß die heile Welt der Gesunden gar nicht so heil ist, wie es scheint, sonst wären sie zu Euch nicht so abweisend. Und glaubt weiterhin an das Anständige im Menschen. Es ist zwar gut versteckt, aber vorhanden und wird eines wunderschönen Tages Stück für Stück ans Licht kommen!!!"

Um es Euch einfacher zu machen, habe ich im folgenden sorgfältig 10 gute Ausreden zusammengestellt, mit deren Hilfe Ihr Euch drücken könnt. Wer jetzt allerdings wutschnaubend seinen Bleistift spitzt, hat genau begriffen, was ich erreichen will.

Die Redaktion freut sich auf Post!!!

10 Gründe, um nicht für LOS zu schreiben . . .

1. Du hast leider keine Zeit ...
2. Der "Wiener" und der "Playboy" sind attrak- und lukrativer
3. Du hast Angst, daß Dir der Novotny, der Allinger, der Staberl und die Senger den Rang ablaufen würden.
4. Du fürchtest Dich (unberechtigterweise) vor Zensur.
5. Du hast leider gar keine Zeit!!!
6. Du hast kein Geld fürs Porto....
7. Du bist Analphabet!! (Politiker?????)
8. Du hast Angst um Deinen guten Ruf und Namen ... (bei unserer Auflage brauchst Du Dich wahrlich nicht zu fürchten.)
9. Du hast an Deinen Wänden keinen Platz für Auszeichnungsurkunden..... (keine Angst, uns liest kein Gremium)
10. Du hast bedauerlicherweise überhaupt keine Zeit.....

Bedarfsgerechte Pflegegelder —

Volker Marini

Ich bin am 2.7.1940 geboren und bin seit meinem 14. Lebensjahr an Multipler Sklerose erkrankt.

Meine Krankheit ist inzwischen weit fortgeschritten, ich verliere meine Stimme - nur mehr wenige Vertrauenspersonen verstehen mich noch, meine Sehkraft ist sehr weit eingeschränkt und und und. Ich benötige, um halbwegs menschenwürdig leben zu können, rund um die Uhr Hilfen. Ich benötige bei allen Lebensverrichtungen, beim Aufstehen, zu Bett gehen, Essen, Körperpflege, WC usw. Hilfen. Es gibt verschiedene ehrenamtliche Hilfsorganisationen, die mir helfen, sowie ambulante Dienste, die ich bezahle.

Ich beziehe eine Pension (PVARb.) in der Höhe von S 5.296.--, bekomme einen Hilflosenzuschuß von S 2.648.-- und beziehe eine Waisenrente (KOVG) in der Höhe von S 1.228.--. Dazu habe ich bisher die (doppelte) Familienbeihilfe in der Höhe von S 3.100.-- erhalten, Pflegegelder vom Land Tirol in der Höhe von S 4.250.-- (monatlich) und eine Wohnbeihilfe der Stadt Innsbruck in der Höhe von S 1.917.-

Ich wollte nun vor ca. einem Jahr mit meinen Ersparnissen und einer Erbschaft - (beides zusammen insgesamt ca 900.000.--) - als Dank für die Menschen, die mir helfen, eine Stiftung gründen und habe den entsprechenden Antrag bei der Landesregierung eingereicht.

Die Folge ist nun, daß mir das Land alle Pflegegelder gestrichen hat, mit der Begründung, daß ich zuerst mein Vermögen für die Pflege verbrauchen soll, und erst dann wieder Anspruch auf Pflegegelder habe. Der Akt wurde auch an das Finanzamt weitergeleitet und es wurde mir die Familienbeihilfe gestrichen. Ebenso habe ich zu erwarten, daß mir nun die Wohnungsbeihilfe gestrichen wird.

Ich habe inzwischen bei den verschiedensten Politikern Eingaben zur Revision der Streichungen gemacht, aber es hat alles nichts genützt.

Ich fühle mich von der öffentlichen Hand grob beraubt, nur weil ich ehrlich war. Es entsteht bei mir das Gefühl, daß man mir ein menschenwürdiges Leben mißgönnt. Die Konsequenz kann sein, daß ich ins Pflegeheim muß, wobei die absurde Situation entsteht, daß das Land dann bald große zusätzliche Summen für mich aufbringen muß. Ich verstehe den Sinn der

Maßnahmen nicht, die mir viel Lebensmut nehmen.

Zumindest hoffe ich, daß die Bundes- und Landespolitiker dazu zu bringen sind, einkommensunabhängige und bedarfsgerechte Pflegegelder einzuführen, wie sie derzeit nach einem Bericht des

Sozialministers diskutiert werden daß sofort Übergangslösungen erlassen werden, die mir und anderen Personen in der gleichen Lage sofort helfen. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch bei den Behinderten, die im Parlament im Hungerstreik waren, bedanken - sie haben auch für mich gestreikt.

VOLKER MARINI Kranebitter-
allee 142

An den Landeshauptmannstellvertreter Ing. Helmut Mader
22.12.89

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Helmut!
Ich erlaube mir an Dich heranzutreten, da wir ja einmal (1956)
für kurze Zeit Schulkollegen waren. Durch meine Frechheit mit
Ing. Margreiter und mangelhaftes Wissen meinerseits haben sich
unsere Wege bald getrennt. Nun möchte ich aber zu meiner eigenen
Sache kommen. Durch Erbe von meinen Großeltern und Eltern wurde
mir ein Viertel der Liegenschaft Berg Iselweg 15 übergeben.
In diesem Wohnhaus konnte ich seit längerer Zeit nicht mehr
wohnen, weil ich durch meine Krankheit (Multiple Sklerose)
keine Stiegen mehr bewältigen konnte. Herr Niescher war mir
sehr behilflich und ich konnte binnen kurzer Zeit eine Wohnung
im olympischen Dorf bekommen. Die Wohnung war für mich nur
kurze Zeit vorteilhaft, weil sie zu klein war (es konnte keine
Hilfsperson bei mir wohnen) und ich bin nun hierher nach
Kranebitten gezogen um auch entsprechende Hilfe zu bekommen.
Dies ist aber nur ein Traum geblieben. Die erwartete Sozial-
station blieb geschlossen und mit der nicht ganz freundlichen
Bemerkung "wegen einem machen wir keine Sozialstation."
saß ich alleine in der rauen Wirklichkeit. In der Folge habe
ich mit Hilfe von verschiedenen Institutionen und einer Selbst-
hilfegruppe einen mir halbwegs angenehmen Weg gefunden. Jetzt
kommt es aber: Meinen Erbanteil am Berg Isel konnte ich nicht
mehr halten. Es wären jetzt große Erhaltungskosten zu leisten
gewesen und ich habe ihn verkaufen müssen und dachte, daß ich
mit den nach einem Jahr anfallenden Zinsen endlich menschen-
würdig leben könnte. Aus Dank an meine Mitmenschen habe ich

aus tiefer Überzeugung ein Testament geschrieben und wollte Menschen die Hilfe brauchen nach meinem Tode unterstützen. Zur Beglaubigung dieser Stiftung ging ich in die Landesregierung, l. Stork, und legte das Schreiben vor, welches offensichtlich zu sozial war und man hat mich an die Abt. 5 verwiesen. Schon nach wenigen Tagen bekam ich von dieser Abt. ein Schreiben, daß ich meine Pflegekosten nun alleine bestreiten muß. Bei geringster Inanspruchnahme von lebensnotwendigen Hilfen waren pro Tag mindestens 200 Schilling fort. Ich empfinde so, als ob mir das Land die schützende Hand entziehen wolle. Man kann sich vielleicht nicht vorstellen, wie ein Leben in Hilfsbedürftigkeit abläuft. Am Abend ins Bett gelegt zu werden und wenn der letzte fortgeht 9 Stunden lang keine Hilfe mehr zu bekommen. Z.B. Nur ein Brotkrümel drückt, die Fersen schmerzen. Jedenfalls bin ich nicht imstande mir selbst zu helfen. In der Früh aus dem Bett geholt zu werden, WC und Toilette. Oder es könnte auch sein, daß dieser Mann mich einfach vergiftet. Wenn ich genügend Kraft habe, kann ich noch telefonieren, aber manchmal bin ich vollkommen hilflos und auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Gedanken wie lange es wohl dauern wird bis jemand kommt, oder gar wie lange es braucht, bis man verhungert ist, sind nicht selten. Viele verschiedene Institutionen bieten an Sonn- und Feiertagen keine Hilfsdienste an. Kurzum zur Hetz bin ich nicht krank und ich sehe unter anderem meinen finanziellen Rückhalt (Erbe) nur als Trostpflaster.

2.1.90 Bittere Enttäuschung immer noch!

Hat mich doch meine Heimat schuldig verlassen. Nur meine Behinderung bleibt mir in fortschreitendem Maße. Jetzt, da ich die Chance hatte, in finanziellem Wohlstande zu leben, der ein

kleiner Ersatz für meine wirkliche körperliche Armut ist. Trifft mich das Vorgehen des Landes besonders hart. Ich möchte noch einige Zeilen von meinem Zustand schildern (gerade soviel, daß man weinen könnte). Z.B. Ich kann nicht mehr schreiben, auch nicht lesen, da das Bild vor den Augen flackert und die Zeilen verschwimmen. Meine Hände verkramplen sich, daß die Fingernägel schmerzhaft in die Handflächen drücken. Muß ich mal untertags eh schon wissen... Bei Nachbarn würde man sich sehr ausliefern und würde Gesprächsstoff für längere Zeit sein. Verschiedene andere geschulte Hilfsorganisationen sagen nur: Was tust du denn schon wieder? Sprechen kann ich auch nicht mehr so richtig. Wenn ich auf der Straße stehe und zum Beispiel dringend Hilfe bräuchte, weil mir die Füße vom Rollstuhl geglitten sind, oder sonstiges, gelingt es mir kaum, jemanden anzuhalten. Ich lasse dann mühsam die rechte Hand (die linke ist schon tot) vom Rollstuhl gleiten, um mit Zeichen jemanden auf mich aufmerksam zu machen. Dies wird jedoch meistens falsch verstanden und man grüßt mich nur freundlich oder man fragt: "Wie geht's" und ohne eine Antwort abzuwarten, bekomme ich gleich die Erwiderung "gut geht".

Damit Du nun Einblick in meine finanzielle Situation bekommst, lege ich Dir all meine Unterlagen (inkl. Testament, mit dem ich mich bei allen Mitmenschen belanden will) bei. Lieber Helmut, stell Dir auch einmal vor, wenn ich irgendwem einen Urlaub genehmigen möchte, so kostet mich dieser mindestens das zwei-einhalbfache, weil meine Begleitperson auch bezahlt werden muß und ein kleines Taschengeld ist sicherlich auch angebracht. Ja, ja die Reichen jammern immer. Ich denke, daß mein finanzieller Rückhalt in ein bis zwei Jahren dahingeschmolzen sein wird. (Zusätzlicher Schmerz!)

Einigen Mitmenschen geht es ähnlich schlecht, weil sie in Unwahrheit leben müssen. Aber vielleicht gibt es doch noch einmal ein bißchen Transparenz auch bei uns. Ich bin ein wenig spallig - es ist nur Galgenhumor.

Es hätte zwar nicht ganz zu diesem Schreiben, aber ich möchte Dir zu Deiner Berufung gratulieren. Schon damals, als Du im Bundesrat warst, wollte ich dir schreiben, was ich leider aus innerer Trägheit unterließ.

Auf Wiedersehen und viel Glück in deinem Amt. Mit Bitte um Antwort

e. h. Volker

→ H. Marini
zur freundl. Rückmeldung

ABTEILUNG VA
Va-459-5798/69

Innsbruck, am 17.1.1990
Sachb.: OH Dr. Treukwälder

Betreff: Volker MARINI, Innsbruck;
Einstellung der Rehabilitationsmaßnahmen

Herrn
Landesrat
Dr. Fritz GREIDNER

im Hause

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Zum Schreiben des Herrn Volker Marini an Herrn I. Landeshauptmannstellvertreter Ing. Mader wird folgender Bericht vorgelegt:

Für Herrn Marini wurden im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung auf der Grundlage der Bestimmung des § 14 TRG die Kosten der Betreuung durch den Mobilien Hilfsdienst und durch die Johanniter-Unfallhilfe im Ausmaß von S 4.250,- monatlich übernommen.

Im Jahr 1989 hat Herr Marini einen Liegenschaftsanteil verkauft und daraus einen Verkaufserlös von ca. S 250.000,- erzielt. Damit ist Herr Marini in der Lage, die Kosten der Betreuung bis auf weiteres aus Eigenmitteln zu tragen. Ergänzend wird darauf hingewiesen, daß die "persönliche Hilfe" nach § 14 TRG der "Hilfe für pflegebedürftige Personen" im Sinne des Tiroler Sozialhilfegesetzes entspricht und daher zunächst ebenfalls der Einsatz der eigenen Mittel erwartet werden muß.

/.

- 2 -

Herr Marini wurde über Frau Dr. Hasenauer vom Mobilien Hilfsdienst darüber informiert, daß nach Aufbrauch der Eigenmittel die Kosten der Betreuung selbstverständlich wieder übernommen werden.

Anlage

Mit vorzüglicher Hochachtung



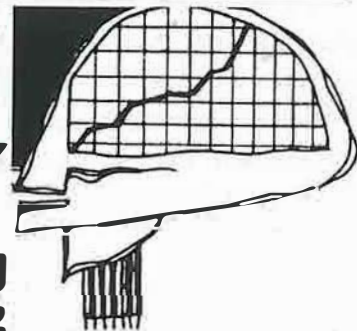
ACHTUNG VEREINE

Mitglieder-Verwaltung

- Mitglieder-Kartei
- Adressen-Etiketten-Ausdruck
- Zahlschein-Ausdruck
- Mahnwesen
- Kassa-Portobuchführung
- Texterfassung



sw - r&g
karoliny



softwareentwicklung ■ dienstleistung
4030 Linz, Hallestraße 1/02



0723 - 30 44 33

Ein viertel Jahr danach

■ ■ ■

Manfred Srb

Bald nach dem Wechsel im Sozialressort von Geppert zu Hesoun versuchte ich einen Termin bei Minister Hesoun zu bekommen, um ihn mit unseren Forderungen zu konfrontieren und von ihm klare Antworten zu erhalten.

Dieses Gespräch fand am 23. Jänner statt, der neue Sozialminister konnte oder wollte sich zu unseren Forderungen aber mit der Begründung, er müsse sich erst einarbeiten, nicht äußern. Dies angesichts der Tatsache, daß die Forderungen in dieser Zusammenstellung spätestens seit dem Hungerstreik allgemein bekannt

MID, 22.11.1990: Der Wiener Landtagsabgeordnete Hans König:"... in den letzten vier Jahren (wurden) keine Rollstuhlfahrer im Pflegeheim Lainz aufgenommen..."

waren und in ihrem Kern bereits seit Jahren allen im Sozialbereich Tätigen geläufig sind. Noch dazu war Hesoun vor seinem Wechsel ins Ministeramt schon jahrelang Vorsitzender des Sozialausschusses gewesen und in dieser Funktion ständig in die laufende Debatte involviert.

So vereinbarten wir mit dem Minister also eine Frist von vier Wochen, nach der er sich äußern sollte. Eine Woche nach

Ablauf dieser Frist traf ich Hesoun im Parlament und verlangte seine Stellungnahme bis Ende der Woche. Seine Antwort darauf war: "Wos soi i eich denn schreibn?" ich erwiderte darauf, daß dies seine Sache wäre, was in dem Brief stünde, daß wir aber auf einer Antwort bestehen. Die Antwort kam wieder nicht und ich war einige Tage hindurch bemüht, seinen Sekretär zu erreichen. Dieser versuchte, den Wortbruch seines Chefs mit dessen Arbeitsüberlastung zu entschuldigen. Jedenfalls sagte er mir eine Antwort innerhalb der nächsten 14 Tage zu. Das war am 7. März und nächste Woche läuft auch diese Frist ab.....

Am 8. März machte ich mit Resi Haidl mayr und Annemarie Srb eine Pressekonferenz zum Thema: Ein Vierteljahr nach dem Hungerstreik - was ist inzwischen geschehen? Dabei kritisierten wir u. a. die Tatsache, daß die Entwicklung seit dem Treffen Geppert-Landessozialreferenten Ende November in Rust stagniert und vom neuen Ressortschef keinerlei erkennbares Engagement zu bemerken sei.

Übrigens fand an diesem Tage das für den 18. Dezember vereinbarte und von Geppert abgesagte Treffen des Sozialministers mit den Landessozialreferenten statt. Dieses hätte locker zwei Monate früher stattfinden können.

Facit: Wir werden dem Bund und den Ländern wieder in Erinnerung rufen müssen, daß wir es nicht hinnehmen, uns weiterhin vertrösten zu lassen.

An die Aktivistin der Aktion: "Hungerstreik für Behinderte" in der Säulenhalle des Parlaments

Die Gruppe "PINGVIN" (Selbsthilfegruppe für vorgeburtlich Gliedmaßenbehinderte) solidarisiert sich mit Ihrer Aktion "Hungerstreik für Behinderte" und schließt sich der Forderung nach einem Pflegegeld in Höhe der tatsächlichen Kosten, angepasst an den jeweiligen Menschen, an.

Wir als Betroffene, bzw. deren Eltern, wissen sehr genau, wieviel Mühe und Kosten dabei entstehen, ein körperbehindertes Kind in Familie und Schule einzugliedern und wir versuchen, mit unserer Selbsthilfegruppe einen Beitrag dazu zu leisten. Wir fordern, daß die Parole der Politiker "Chancengleichheit für Alle" in Zukunft auch für Behinderte gültig ist.

PINGVIN 1/2

